

Der Lübecker Volksbote erscheint am Samstag jedes Werktages. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch Boten frei Haus für die zweite Augusthälfte 500 000 M. freibleibend. Einzelverkaufspreis 40 000 M.

Redaktion: Johannisstraße 46.
Fernruf 1905 nur Redaktion.
1926 nur Geschäftsstelle.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achtspaltige Zeile oder deren Raum 40 000.— Mark, auswärtige 45 000.— Mark für Verammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 36 000 M., für Reklamen 180 000 M.

Geschäftsstelle: Johannisstraße 46.
Fernruf 1905 nur Geschäftsstelle
1905 nur Redaktion.

Lübecker Volksbote

Tageszeitung für das arbeitende Volk.

Nummer 193.

Montag, 20. August 1923.

30. Jahrgang.

Der Weg aus der Not.

II.

Die Verwirklichung des sozialdemokratischen Finanzprogramms hat von der Steuerseite her begonnen. Im Reichstag sind Gesetze verabschiedet worden, deren Zweck ist, durch einschneidende Steuermaßnahmen die Inflation zu bekämpfen. Das sozialdemokratische Finanzprogramm hatte vor allen Dingen die verdreifachte Erhebung der Vorauszahlung auf Einkommen- und Körperschaftsteuer gefordert. Während der Beratungen eines entsprechenden Gesetzes im Steuerauschuß des Reichstags trat der rapide Sturz der deutschen Mark ein. Die sozialdemokratische Fraktion bemühte sich deshalb, das Gesetz über die Vorauszahlungen auf Einkommen- und Körperschaftsteuern über ihren ursprünglichen Vorschlag hinaus der Geldentwertung anzupassen. In dem endgültigen Gesetz wurde

eine 16fache Erhebung der aufgewerteten Vorauszahlungen auf Einkommen- und Körperschaftsteuern

beschlossen, die durch Gesetz vom 9. Juli bereits auf das 25- bzw. 35fache der vierteljährlichen Steuerschuld des Jahres 1922 festgesetzt worden waren. Wer also für das ganze Jahr 1922 eine Einkommensteuer von 400 000 M. zu zahlen hatte, hat am 15. August als Vorauszahlung für ein Quartal 40 Millionen Mark zu entrichten. Die Vorauszahlungen auf die Körperschaftsteuer sind in demselben Maße erhöht worden. Für den Fall, daß die Geldentwertung weiter fortschreiten sollte, ist das Reichsfinanzministerium ermächtigt, an den folgenden Vorauszahlungsterminen die Vorauszahlungen abermals der Geldentwertung anzupassen. Die nächsten Vorauszahlungstermine sind außerdem um mehr als je einen Monat auf den 5. Oktober und den 5. Januar vorverschoben worden. Damit ist nicht nur eine einmalig wirkende Steuer erschlossen worden, sondern es sind zugleich dem Reich laufende Einnahmen eröffnet, die mit der Geldentwertung mitgehen.

Im Zusammenhang hiermit steht die Rhein- und Ruhrabgabe. Die zur Vorauszahlung verpflichteten Einkommensteuerpflichtigen und diejenigen hochbezahlten Lohn- und Gehaltsempfänger, die im Jahre 1922 ein Einkommen von mehr als einer Million Mark hatten (Fabrikdirektoren, Bankdirektoren) haben an den nächsten drei Vorauszahlungsterminen das Doppelte der Vorauszahlungen auf Einkommensteuer als Abgabe zu entrichten. Dasselbe gilt für die Körperschaftsteuerpflichtigen. Auch hier ist nicht nur ein einmaliges Steueraufkommen am 25. August erschlossen worden; sondern für den 5. Oktober und den 5. Januar 1923 ein der jeweiligen Geldentwertung angepaßtes Steueraufkommen.

Neben diesen Gesetzen ist ein besonderes Gesetz über die Besteuerung der Betriebe

in Handel und Industrie und Landwirtschaft ergangen, das für die nächsten 6 Monate den Betrieben eine wertbeständige Steuer auferlegt. Das Gesamtaufkommen dieser Betriebssteuer wird auf 840 Millionen Goldmark geschätzt. Auch hier handelt es sich für die nächsten 6 Monate um eine laufende Steuer.

Eine einmalige Steuer dagegen ist die Kraftfahrzeugsteuer,

deren Höhe nach den Sätzen vom 1. September jetzt auf 60 Billionen Papiermark berechnet werden kann.

Aus diesen Steuern werden im Laufe des nächsten Monats rund 200 Billionen Papiermark Steueraufkommen erwartet. Die laufenden Steuern in Form der Lohnsummensteuer und der Goldabgabe der Landwirtschaft dürften pro Monat etwa 90 Billionen Goldmark bringen. Damit ist ein ernsthafter Versuch zum Ausgleich des Reichsbudgets unternommen worden. Im großen und ganzen sind die Steuerforderungen des sozialdemokratischen Finanzprogramms erfüllt worden, auch die Forderungen für die rasche Einziehung der Steuern. Die Fristen für die Fälligkeit der indirekten Steuern sind verkürzt worden, ein Steuerzinsgesetz soll der böswilligen Verzögerung der Steuerzahlungen entgegenwirken. Eine Verordnung des neuen Finanzministers bestimmt, daß für verzögerte Steuerzahlungen das vierfache für je einen halben Monat als Strafzuschlag zu entrichten ist.

Auch in der Richtung der in unserem Programm aufgestellten zweiten Gruppe der Forderungen, die sich auf die Schaffung einer wertbeständigen Anleihe des Reiches beziehen, sind Fortschritte gemacht worden. Eine Goldanleihe im Gesamtwert von 500 Millionen Goldmark wurde aufgelegt. Eine Zinsgarantie wurde durch die Ermächtigung für die Regierung geschaffen, Zuschläge zur Ver-

mögenssteuer zu erheben. Damit ist namentlich für den Verkehr mit der Landwirtschaft ein wertbeständiges Zahlungsmittel geschaffen. Die Arbeiterschaft hat endlich die lang-ersehnte wertbeständige Sparmöglichkeit erhalten.

Das sind die bisher erreichten Maßnahmen. Ihre Auswirkung muß abgewartet werden. Mit Recht überschreibt die „Frankfurter Zeitung“ einen Artikel über die Wirkung dieser Maßnahmen „In Erwartung“. Noch läßt sich kein ganz klares Bild über ihre unmittelbare Wirkung gewinnen. Aber der Weg ist beschritten und er muß weitergegangen werden, wenn der Erfolg gesichert sein soll. Für sich allein sind die bisher erzielten Erfolge nur Teilerfolge. Den Weg aus der Not endgültig eröffnen kann aber nur ein Gesamterfolg.

★

Noch sind wesentliche Punkte des Finanzprogramms der sozialdemokratischen Partei unerfüllt. Das Währungsproblem in seiner Gesamtheit ist durch die Steuermaßnahmen nur von der einen Seite her angefaßt worden. Es muß ergänzt werden durch entsprechende Maßnahmen von der währungspolitischen und von der kreditpolitischen Seite her. Das SPD-Programm forderte dafür: Stützung der Währung, Aufbringung eines Devisenfonds aus den Devisenmitteln der Wirtschaft, Heranziehung der Wirtschaft auf dem Wege der Belastung durch Goldhypothek. Ansätze zur Durchführung dieser Maßnahmen sind bereits gegeben durch die Stützungsvorläufe, die inzwischen unternommen worden sind und durch den Versuch, durch die Goldanleihe Devisen für das Reich verfügbar zu machen. Aber schon jetzt läßt sich erkennen, daß das Reich nicht zu einem ausreichenden Devisenfonds gelangen wird, wenn es nicht die Freiwilligkeit der Devisenbesitzer zum mindesten durch die Drohung staatlichen Zwangs ge-bührend unterstützt. Dazu ist die

Belastung des Sachwertbesitzes

eine zentrale Forderung, ohne deren Erfüllung in der einen oder anderen Form alle Rettungsversuche schließlich scheitern müssen. In den Verhandlungen der Koalitionsparteien und weiter auch im Plenum des Reichstags ist ein prinzipieller Entschluß, an die Belastung der Sachwerte heranzugehen, bereits gefaßt worden. Bei diesem prinzipiellen Beschluß darf es nicht sein Bewenden haben. Er muß rasch zu Gesetzen verdichtet und energisch in die Praxis umgesetzt werden.

Zur Ergänzung dieser Maßnahmen ist die gründliche Aenderung der Kreditpolitik der Reichsbank

notwendig. Der Sinn der bisherigen Kreditpolitik der Reichsbank ist, die Kaufkraft der Besitzer der Produktionsmittel und der Schuldner durch Papierkredite künstlich zu stärken gegenüber der Kaufkraft der anderen Klassen der Bevölkerung. Diese Kreditpolitik bedeutet eine direkte Gegenwirkung gegen die beabsichtigte staatliche Finanzpolitik, wie auch gegen den sozialen Sinn dieser Finanzpolitik. Die Gegenwärtigkeit der Reichsbankpolitik und der staatlichen Finanzpolitik tritt in diesen Tagen ganz klar hervor. Ohne die Beseitigung des bisherigen Systems in der Reichsbank werden alle Maßnahmen zur Stützung der deutschen Währung zur Erfolglosigkeit verurteilt sein. Wird das System Havenstein nicht sofort geändert und werden die vorgeschlagenen Maßnahmen nicht gleichzeitig ergriffen, so wird jede einzelne von ihnen nur einen Teilerfolg erreichen. Jeder Teilerfolg aber muß ins Gegenteil eines Erfolgs umschlagen, solange auf den noch nicht in Angriff genommenen Gebieten dem Ziele entgegengearbeitet wird.

Mit Energie und Unerbittlichkeit muß deshalb die neue Finanzpolitik auf allen Linien, die das SPD-Programm aufgezeigt hat, vorwärtsgetrieben werden. Jeder Widerstand, den einzelne Interessentengruppen dieser Politik entgegensetzen, muß im Interesse der Rettung des Ganzen gebrochen werden. Jedes Anhalten auf dem Wege, der uns aus der Not führen soll, kann unsere Lage nur verschlimmern und uns endgültigem Zusammenbruch preisgeben. Hinter der neuen Finanzpolitik muß die ganze politische Kraft der Arbeiterklasse stehen und die Erkenntnis, daß es keinen anderen Weg aus der Not gibt. Gelangen wir auf diesem Wege nicht aus der Not heraus, so ist die Folge das Chaos und der Bürgerkrieg. Daran mögen die herrschenden Klassen denken.

Dollar 4600 000.

Der Kampf um die Währung.

SPD. Das Reichskabinett beschäftigte sich am Sonnabend nachmittag in einer mehrtägigen Sitzung mit den zu ergreifenden finanz- und währungspolitischen Maßnahmen. Die Beratungen werden am Montag nachmittag fortgesetzt und jedenfalls zum Abschluß gebracht werden.

Die Reichsregierung ist sich klar darüber, daß mit aller Entschiedenheit durchgegriffen werden muß, wenn die Katastrophe vermieden werden soll. Nicht zuletzt hat die erst jetzt wieder von der Schwereindustrie eingekommene Haltung auch diejenigen zu der Überzeugung gebracht, die bisher noch auf Zwangsmaßnahmen glaubten verzichten zu können. Befanntlich wurde noch unter der alten Regierung mit der Industrie die Vereinbarung zur Ablieferung eines beträchtlichen Devisenbetrages für die Bildung eines Devisenfonds getroffen. Aber auch jetzt hält die Schwerindustrie ihre Verpflichtungen nur zum Teil ein und versucht nach wie vor, ihre Spekulationsinteressen auszuspielen. Es wird u. a. behauptet, daß sie die schon abgelieferten Devisen zum Teil aus Papiermarkkrediten der Reichsbank gezahlt hat, die natürlich von Herrn Havenstein immer wieder gegeben werden. Darüber hinaus soll ferner beobachtet worden sein, daß Goldschmelze, die der Industrie für abgelieferte Devisen ausgehändigt wurden, wieder verkauft worden sind und mit dem Erlös Devisen zurück erworben wurden. Nimmt dieser Zustand seinen Fortgang, dann ist mit einem vollkommenen Fehlschlag der neu eingeleiteten Intervention zu rechnen, jedoch jetzt entscheidende Maßnahmen mit aller Rücksichtslosigkeit und Schärfe durchzuführen werden müssen.

Wir müssen endlich zu stabilen Währungsverhältnissen kommen, da sonst in absehbarer Zeit der Kampf aller gegen alle unvermeidlich ist. Erst in diesen Tagen wurde wieder eine Befehlsbefreiung der Beamten in einem gewaltigen Ausmaße vorgenommen, ohne jedoch bisher von der Deckung zu sprechen. Wir sind immer für eine angemessene Bezahlung der Beamten, Angestellten und Arbeiter eingetreten und vermehren niemandem auch die jetzt zugestanden Mittel. Aber was ist auf die Dauer der Staatsbediensteten, besonders aber dem Volke damit gebient, wenn fortgesetzt ungeheure Beträge bewilligt werden, die z. B. jetzt den größeren Teil der neu beschlossenen Steuern aufweisen, ohne daß neue Deckung dafür vorhanden ist. Bei dieser Wirtschaft muß die Inflationsselle trotz aller schönen Pläne gegen sie ihren Fortgang nehmen.

Wir erwarten, daß die neue Regierung schnellstens zu einer einheitlichen Aktion gegen die Katastrophe schreitet, wie sie von der Sozialdemokratie schon früher immer wieder gefordert worden ist. Dazu gehört vor allen Dingen aber auch, daß Herr Havenstein schnellstens verschwindet und die mit der Durchführung dieser Maßnahmen im Reichsfinanzministerium hauptsächlich zu betreuenden Beamten Männer sind, die mit ganzem Herzen ihre Arbeit verrichten. Zunächst müssen deshalb die deutschnationalen Staatssekretäre aus dem deutschnationalen Finanzministerium verschwinden.

Der alte Herr lebt!

SPD. Herr Havenstein sitzt immer noch im Reichsbankdirektorium. Das Ultimatum der Sozialdemokratie hat er, gestützt und aufgemuntert durch den deutschnationalen Herrn Helfferich, nicht zum Anlaß seines Rücktritts genommen. Es werden deshalb jetzt die notwendigen Schritte unternommen werden, um den Förderer deutschnationaler Interessen in der Reichsbank mit Schimpf und Schande davonzutreiben. Zunächst wird die sozialdemokratische Fraktion am Montag mit dem Reichskanzler über die Angelegenheit Rücksprache nehmen. Von dem Ausgang dieser Besprechung hängt es ab, ob der beabsichtigte Antrag auf sofortige Einberufung des Reichstags notwendig ist.

★

Für den wilhelminischen Geist und den Herr-im-Hause-Standpunkt, von dem das Direktorium der Reichsbank seiner ganzen Überlieferung gemäß noch befangen ist, ist ein Vorfall bezeichnend, der sich in der Zentrale der Reichsbank abgespielt hat. Am 15. August hat das Reichsbankdirektorium den Vorsitzenden des Betriebsrates, Großmann, fristlos entlassen. Das Kündigungs schreiben gibt als Grund an, daß Großmann am 10. August den Druck jenes berühmten Plakates zu verhindern gesucht habe, durch das die Reichsbank wahrheitswidrig der Berliner Bevölkerung einreden wollte, daß es ihr „durch den Streik der Buchdruckereiarbeiter — der Streik hatte gerade begonnen, als das Plakat in der eigenen Druckerei der Reichsbank in Druck gegeben war — nicht möglich sei, die notwendigen Zahlungsmittel bereitzustellen, insbesondere nicht möglich sei, die für die Arbeiter notwendigen Lohngehälter zur Auszahlung zu bringen.“ Ein zweiter Grund der Entlassung sollte darin bestehen, daß der Betriebsratsvorsitzende am 13. August, also in den Tagen der kommunistischen Generalkstreikhe, den Reichsbankpräsidenten Havenstein aufgefordert habe, sofort sein Amt niederzulegen. In Wirklichkeit handelt es sich hier nur um gesuchte Gründe, um das längst unbecuene Mitglied des Betriebsrates endlich los zu werden.

Die Belegschaft der Reichsbank hat bereits Stellung zu dem Vorfall genommen und droht, den Rotendruck erneut einzusetzen, wenn die Kündigung Großmanns nicht rückgängig gemacht wird. Der Reichsarbeitsminister sah sich deshalb schon am Sonnabend veranlaßt, einen Schlichtungsversuch zu machen. Eine endgültige Entscheidung wird für Montag erwartet. Der ganze Vorfall ist ein Beweis mehr dafür, daß Havenstein so rasch wie möglich verschwinden muß.

Die Volksernährung im Winter.

Die Konferenz der Ernährungsminister der Länder, die am letzten Freitag stattfand, hatte ein verhältnismäßig dürftiges Resultat. Die Vorschläge der mitteldeutschen Ernährungsminister (Sachsen, Braunschweig, Thüringen, Anhalt), die schon vor längerer Zeit dem Reichsernährungsminister vorgegangen waren und die ein Zurückgreifen auf die Wege der Zwangswirtschaft forderten, fanden wenig Gegenliebe. Nach von irgend einem Eingehen auf die Vorschläge der Gewerkschaften hört man nichts.

Für die Getreidebewirtschaftung wird die Um- lage abgelehnt. Das Reichsernährungsministerium will eine Art Vorratswirtschaft, besonders für die minderbemittelten Schichten, treiben und zwar zunächst für den Zeitraum vom 1. Oktober bis 15. April. Bis zum 15. Oktober soll die Brot- tarife weitergeführt werden. Ueber die näheren Methoden ist man sich im Ministerium noch nicht ganz klar, auch nicht darüber, ob für die Zeit von Oktober bis April Brotkarten oder Rationierung für die Minderbemittelten in Frage kommen. — Ueber die Fleisch- vorlieferung wurde ebenfalls kein neuer Vorschlag gemacht, also freier Handel wie bisher. Desgleichen soll der Zucker jetzt vollständig der freien Wirtschaft ausgeliefert werden, jedenfalls soll es künftig keine Zwangsverteilung mehr geben. — Die Kar- toffelfrage wurde als Kreditfrage erklärt und behandelt. Man vertritt sich viel Hilfe von der neuen Kartoffel-Kreditbank, die der frühere Staatssekretär Peters gründete. Die Bank soll in erster Linie dem Handel dienen und vom Reich Kredite erhalten. Daneben sollen die Kommunalverbände zur Kartoffelverföhrung selbst sich Geld beschaffen. Hierfür sind ebenfalls Erleichterungen in der Kreditfrage von der Reichsbank vorzulegen. Schließlich sollen die großen Unternehmungen Vorschläge gewähren, damit die Arbeiter zu gegebener Zeit sich mit Kartoffeln einkaufen können. Für die Waggengestellung hat das Reichsverkehrsministerium insofern Vorläufe getroffen, als die Kartoffeln in der Dringlichkeits- klasse, die das Ministerium ähnlich wie im Krieg aufgestellt hat, an die erste Stelle gesetzt wurde. In diesem Jahre müssen bei dem Mangel an gebundenen Wagons (infolge der Ruhrbesetzung) mehr angeordnete Wagen beim Kartoffeltransport verwendet werden. Man hofft aber, die dem Verkehr dienliche Mittel des in diesem Jahre reich- lich zur Verfügung stehenden Straßens zu benutzen.

Für die bessere Belieferung der Bevölkerung mit Fett hatten die mitteldeutschen Ernährungsminister verlangt, die Großindustrie solle dem Reich durch Gewährung von Krediten eine stärkere Fettzufuhr ermöglichen. Das ist nach Auffassung des Ministeriums bereits vor kurzem geschehen. Dem Fetthandel sind im Augenblick genügend Devisen zugeteilt worden. Die Fett- und Margarineverföhrung hat sich heutzutage gebessert. In Berlin ist sogar im Absatz von Margarine eine leichte Steigerung eingetreten. Ueber die Butterfrage wurde nicht eingehender gesprochen. — Der von den mitteldeutschen Ernährungsministern vorgelegene Reichshöchstpreis für Milch fand keine Annahme. Die Einwände betrafen, ein niedriger Milchpreis vertriebe die Milch- und ein dem freien Milchpreis stark angepaßter Reichsmilchhöchst- preis habe keinen Zweck. Im übrigen wurde zur Ueber- nahme mancher Konferenzteilnehmer festgestellt, daß auch Länder ohne Milchhöchstpreis einen verhältnismäßig niedrigen Milch- preis haben. Berlin hatte z. B. einen Milchpreis zwischen 50- und 70 000 Mark, als Schwaben und Oberbayern bereits einen solchen von 100 000 Mark hatten. Vom Reichsverkehrsministerium, dessen Frachtenpolitik scharf kritisiert wurde, forderte man Frachten- ermäßigungen für die Milch. Vom Reichsernährungsministerium werden Maßnahmen zur Verbilligung der Milch für die Min- derbemittelten (Milkende Mütter und dergl.) in Aussicht gestellt.

Die Uebertreibung der Kohle.

Ueber den Weltmarktpreis.

Die für den Bergbau mit Wirkung vom 13. August festgesetzten Lohnerhöhungen haben, wie RPD meldet, auf Grund der durch Beschluß des Reichslohverbandes vom 9. August d. J. festgelegten Berechnungsweise folgende prozentuale Zuschläge zu den jetzigen Brennstoffverkaufspreisen ergeben, die vom 20. d. M. ab unter den Bedingungen der genannten Bekanntmachung gelten:

Rheinisch-Westfälisches Kohlenyndikat	63,3 Proz.
Sächsisches Kohlenyndikat	63,3
Niederösterreichisches Kohlenyndikat (Böhmen)	56,8
Niederösterreichisches Kohlenyndikat, übriges Revier	55,8
Sächsisches Steinkohlenyndikat	56,6
Niederösterreichisches Steinkohlenyndikat	57,4
Oberösterreichisches Steinkohlenyndikat	55,5
Mitteldeutsches und Oberbairisches Braunkohlenyndikat	62,5
Rheinisches Braunkohlenyndikat	62,0
Oberbayerische Braunkohlen	55,9
Säckerische Braunkohlen	62,5

Die sich hieraus ergebenden Preise liegen zurzeit nicht unerheblich über den Weltmarktpreis. Das Uebersteigen der Weltmarktpreise kann, wenn es länger andauert, für die deutsche verarbeitende Industrie eine die Wettbewerbsfähigkeit vernichtende Belastung herbeiführen. Der Reichswirtschaftsminister hat sofort beantragt, daß die zuständigen Organe der Kohlenwirtschaft bereits am 21. August zusammentreten, um zu der nach seiner Auf- fassung nicht haltbaren Lage Stellung zu nehmen. Aus- schließlich Ermäßigungen hat die Geschäftsführung des Reichslohn- verbandes bei dem Reichsminister der Finanzen die Aufgabe der Kohlensteuer beantragt.

Mit den neuen Preiszuschlägen hat sich die Kohlenpreispolitik wieder einmal feig gezeigt. Obwohl die Unternehmer längst nicht zulassungsfähig zahlen, haben die Preise, die immer unter Be- zugsnahme auf Lohnerhöhungen gehoben wurden, jetzt plötzlich die Weltmarktpreise überstiegen. Und mit denselben Selbstverleumdungen, mit der man die Weltmarktpreise überstiegt, fordert man im Augenblick die größten Zinsanwärt des Reiches den Abbau der Kohlensteuer, die zu den ertragreichsten Steuern gehört!

Man ist die Kohlensteuer bereits einmal am 1. April er- höht worden, ohne daß die Preise der übrigen Industrie- waren entsprechend herabgegangen wären. Dieses erste „Kohlen- spiegel“, das nicht von den Besitzenden, sondern von dem Reiche ge- fragt wurde, ist also glatt von der Industrie angelehnt worden. Man wird sich hier doppelt und dreifach überlegen müssen, ob es irgend einen Zweck hat, jetzt wieder die Kohlensteuer herabzu- setzen und so, wenn der Voller- wieder steigen sollte, der gesamten Industrie ein gewaltiges Geschenk zu machen. Die Kohlensteuer wird es endlich an der Zeit sein, daß die von dem früheren Reichswirt- schaftsminister Bader unbekanntlich obliterierte Preispolitik der Kohlensteuer einer nachdrücklichen Revision unterzogen wird und daß die Gewinne des Kohlenbergbaues einmal energisch be- schränkt werden.

Sanktionierung für Schöffen usw.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat Veranlassung genommen, einen Initiativgesetzentwurf einzubringen, der den Schöffen, Geschworenen und Staatsanwaltschaftsmitgliedern die Ge- währ gibt, daß den Arbeitern und Angestellten der entgangene Arbeitsverdienst voll zurückbezahlt wird und der ihnen außer- dem eine den Lebensverhältnissen angepaßte Arbeitsent- schädigung gewährt. Der Gesetzentwurf ist nicht zur Ver- abredung gebracht worden, weil vom Reichspräsidenten dem Reichsrat eine Verordnung unterbreitet worden ist, nach der dieselbe Materie unteren Rängen entsprechend erledigt wird. Danach ist ein Stundenverdienst als Grundsumme fest- gesetzt. Das ist ein Stundenverdienst als Grundsumme fest- gesetzt. Das ist ein Stundenverdienst als Grundsumme fest- gesetzt. Jedes nach dem augenblicklichen Stande der Lebensverhältnisse

mit die Beamten ein Stundenlohn von rund 400 000 Mark in Betracht kommen dürfte. Sobald die Verordnung des Reichs- justizministeriums Gelegenschaft erlangt hat, wird das Reichs- finanzministerium die Finanzämter anweisen, daß sie auch auf die Mitglieder der Steuerämter Anwendung findet und daß die Aufwandsentschädigung sowohl als auch des entgan- genen Arbeitsverdienstes immer sofort erfolgt. Dadurch würde eine erhebliche Erleichterung in dem bisherigen Zustand ein- treten, bei dem die fälligen Summen erst nach Ablauf vieler Wochen in völlig entwerteter Mark erkattet wurden.

Lohnregelung im Kohlenbergbau.

Berlin, 18. August.

Nachdem in der gestrigen Verhandlung zwischen den Ver- tretern der Arbeitgeber und Arbeitnehmer keine Einigung über die Lohnhöhe im Kohlenbergbau zustande gekommen war, trat heute im Reichsarbeitsministerium ein Schlichtungsausschuß zusammen. Der Schlichter dieses Schlichtungsausschusses sieht für die Kohlenbergbaubezirke im besetzten Gebiet für die Lohnwoche vom 13. bis 20. August eine Erhöhung des nor- malen Larißlohnes um 210 Prozent vor, wozu für die Zeit bis zum Lohnzahlungstag ein Entwertungsfaktor in Höhe von 30 Prozent tritt und ferner für jede vom 6. bis 13. August verfallene Schicht eine nachträgliche Ausgleichszahlung von 70 Prozent des in dieser Lohnwoche in Geltung gewesenen normalen Larißlohnes tritt. Für die Kohlenbergbaubezirke des unbesetzten Gebietes ist eine Regelung dahin getroffen, daß die normalen Larißlöhne um 192,2 Prozent erhöht werden; der Entwertungsfaktor ist auf 30 Prozent und die nachträgliche Ausgleichszahlung auf 52,2 Prozent festgesetzt worden.

Die Devisengeschäfte des Herrn Stinnes.

SPD. Im Untersuchungsausschuß über die Markttüchtigkeit ha- ben die Devisenkäufe der Firma Stinnes am 12. April eine große Rolle gespielt. Der Vertreter der Firma sagte damals unter seinem Eid aus, daß die Käufe auf Verlangen der Reichsbahn getätigt wurden. Schon damals wurde von den Vertretern der Reichsbahn behauptet, daß bei den Verhandlungen zwischen ihr und der Firma Stinnes nur davon die Rede gewesen sei, daß die Firma den Bedarf an Devisen für die Reichsbahn aus ihren eigenen Beständen decken soll. Eine Klärung dieser wider- sprechenden Behauptung ist im Untersuchungsausschuß nicht erfolgt. In einem schriftlichen Bericht, den jetzt der Staatssekretär des Reichsverkehrsministeriums, Stiefel, dem Untersuchungsausschuß des Reichstages erstattet hat, werden nun an Hand der Unterlagen folgende Schlussfolgerungen gezogen:

„Aus diesen Umständen geht klar hervor, daß das Eisenbahn- zentralamt das Angebot der Firma Stinnes, Devisen für das Eisenbahnzentralamt im freien Verkehr Mark zu kaufen, nicht angenommen hat, sondern besonderen Wert darauf gelegt hat, daß die zur Begleichung fälliger Rechnungen erforderlichen De- visen aus den Beständen der Firma Stinnes gedeckt wer- den sollen.“

Da diese Behauptungen bewiesen werden durch den ent- sprechenden Briefwechsel, so steht einwandfrei fest, daß die Vorwürfe, die gegen die Firma Stinnes wegen ihrer gewaltigen Devisen- käufe im April erhoben worden sind, ihre wohlbegründete Unter- lage haben.

Sachsens eigene Indersziffer.

Dresden, 18. August.

Die sächsische Regierung erläßt einen Aufauf, in dem es u. a. heißt: „Am Montag jeder Woche werde im Arbeitsministerium ein Lebensgehaltssindex für Sachsen aufgestellt werden, der als Entwertungsfaktor für die Lohn- und Gehaltsempfänger zu gelten habe. Beim Reichsernährungsminister seien Vorschläge zur Ein- derung der Zeitnot gemacht worden. Sachsen habe sich bei seinem Vorgehen der Unterstützung verschiedener anderer Länder verdiebt. Schon am 7. August hätten die Bergarbeiter Sachsens und Thürin- gens beim Reichsernährungsministerium beantragt:

1. Wiedereinführung der Getreideumlage,
2. Festsetzung einer Kartoffelumlage,
3. Sicherstellung der Säuglings- und Krankenmilch, Festsetzung der Höchstpreise für Milch und Butter für das ganze Reich,
4. Die Beibehaltung der öffentlichen Bewirtschaftung des Zuckers,
5. Weitere Devisenbereitstellung zur Fettverföhrung durch Großhandeln und Schwerindustrie.

Späte Gerechtigkeit.

Aus Baden wird uns geschrieben: Vor der Ferienstrafkammer in Freiburg i. Br. fand dieser Tage ein Kriegsgerichtsamt ein- lich keine Korrektur, das im Jahre 1916 ergangen war und das als Minder gewertet werden kann für den Obrigkeitssindex in der alten Armee und daher auch heute noch festgehalten zu werden verdient als Beispiel für den Geist der wilhelminischen Zeit. Ein Rittmeister einer Jägerparade des 14. Armeekorps hatte seinerzeit Meldung gemacht über die Drückberger eine Leut- nants seiner Kolonne, der Munitionserladungen immer häufiger aus dem Wege zu gehen mußte, wenn sein Vieh Feuer besorgte. Was aber geschah auf diese Meldung? Feigheit vor dem Feinde auf es natürlich nicht für einen Offizier, so einwas durfte nur bei Mannschaften verkommen, um die Disziplin nicht zu gefährden. Wo drehte man den Spieß um, getren dem bewährten Rezept der preußischen Armee, immer dem Befehlshaber einen auszu- weisen. Gegen den Rittmeister wurde ein Verfahren wegen verurteilender Beleidigung eines Vorgesetzten eröffnet und außerdem beantragte man ihm noch eine Anklage wegen verleum- derischer Behauptung gegenüber seinem Kolonnenführer auf. Das Kriegsgericht brachte es fertig, den gemüthlichen und pflicht- treuen Rittmeister zu drei Monaten Gefängnis zu verurteilen, die ihm während des ganzen Krieges anhafteten, auch wenn er sie nicht abzugeben brauchte. Der Drückberger von Leutnant aber ging als unbedeutend aus. Dem verurteilten Rittmeister gelang es jetzt, ein Wiederaufnahmeverfahren durchzuführen. Dabei ergaben sich Zeugenaussagen mehrerer ehemaliger Ange- höriger der Jägerparade, daß die Meldung des Rittmeisters wohl auch ganz der Wahrheit entsprachen hätte. Das bürgerliche Gericht kam deshalb zu einer völligen Freisprechung. Die Kohlen war die Reichsstaats, also der Steuerzahler der Repu- blik, tragen. Warum zieht man dafür nicht die Richter jenes Strafgerichtes mit ihrem wahrheitswidrigen Urteil heran?

Bayern ist mißvergnügt.

In einem Augenblick, in dem die Reichsregierung sich alle Mühe gibt, den von Cuno in den Dreck gefahrenen Staatskarren, auf bessere Wege zu lenken, kommen aus dem „Ordnungsstaat Bayern“ heftige Regierungen und regierende Parteien sich auf ihre Verantwortung besonders viel zugetraut, neue Drohungen an

das Reich. Die Münchener Herrschaften haben es für notwendig erachtet, sich mit dem Regierungswechsel im Reich und der politi- schen Lage zu beschäftigen. Sie befürchten vieles für die Zukunft, da jetzt jener Mann verschwindet, den sie als Hampelmann behandeln konnten und der für sie lediglich ausführendes Organ für bayrische Interessen war. Dieser Zustand hat jetzt aufgehört und die Zukunft der bayrischen Parteigeister gilt jetzt insbesondere dem sozialdemokratischen Einfluß, der sich in Bezug auf die Innen- und Außenpolitik bald bemerkbar machen könnte. Deshalb die Drohung: „Es darf in der Reichsregierung kein Zweifel darüber bestehen, daß das bayrische Staatsministerium in völliger Ueber- einstimmung mit dem Willen des bayrischen Volkes nicht in der Lage ist, Kompromisse zu schließen und Zugeständnisse zu machen. Sollten nach früherem Muster Eingriffe in politischer Richtung versucht werden, so würde man in Bayern auf unbeugsamen Widerstand stoßen.“

Gott sei Dank ist Bayern nicht der Nabel der Welt, wie sich Ludendorff und Knilling einzubilden schienen und ferner ist die bayrische Regierung nicht maßgebend für die Außen- und Innen- politik des Reiches. In außenpolitischer Beziehung muß das neue Reichsministerium eine Politik treiben, die uns einer schnellen Lösung des Ruhrkonfliktes näherbringt, ganz gleich, was man in Bayern darüber denkt, und in innenpolitischer Beziehung hat sie bei allen Zugeständnissen politischer und finanzieller Art an die Länder eine Linie einzuhalten, die dem Gedanken der Reichs- einheit entspricht. Die Reichsregierung muß sich dessen bewußt sein, daß bei Befolgung dieser Politik nicht nur das Volk als solches, sondern auch mit Ausnahme Bayerns alle Landesregie- rungen hinter ihr stehen. Das heißt allgemein ausgedrückt: Die Volksmehrheit und die deutschen Landesregierungen wünschen keine deutschnationale, sondern eine echt nationale Politik — diese Politik aber bekämpft Bayern!

Der Judaslohn.

„Der größte Erfolg ist der, daß gegen den Willen der Gewerkschaften das erstmalig solche Aktion in Szene gesetzt werden konnte.“ (Der Referent auf der Versammlung der SPD-Betriebsräte.)

Die „Kote Fahne“ kann auch sehr schweigsam sein, wenn sie will. Ueber den Verlauf der stürmischen Versammlung der kommunistischen Betriebsräte bringt sie ebenso wenig, wie über die Debatte, die in der SPD, als Folge der Niederlage entstan- den ist. Die ganze Heuchelei ihrer demagogischen Agitation wird jedem Arbeiter klar sein, wenn die „Fahne“ nur die Reben der kommunistischen Hauptlinge bringen würde. Daß man den Bor- gen mal eins ausgewischt hat, mag vollauf der Stimmung des heulenden Jungen entsprechen, der sich freut, daß er sich die Fin- ger erfriert, denn es geschieht seinem hartherzigen Vater ganz recht. Die Berliner Arbeiter wollten aber etwas anderes, als sich die Finger erfrieren. Sie wollten Geld. 10 Millionen for- derte die menschenfreundliche „Fahne“. Weil die Hochbahner im Sinne dieser Parole der SPD-Zentrale Erfolge durchsetzten, be- schimpft sie heftig: „Die Hochbahner haben sich den Judas- Lohn in die Hand drücken lassen“, und die Buchdrucker sind ihm widerlich, denn „sie waren nicht zu bewegen, am Kampfe teil- zunehmen, weil ihnen ein Stundenlohn von 320 000 M. garan- tiert wurde“. So steht der Kampf der Kommunisten aus. Ein- mal beteuern sie, daß sie nur der Not abhelfen wollen, auf der anderen Seite drohen sie den Arbeitern, die ihrer Agitation fol- gend, sich um ihre unbestreitbare Not kümmern. Einmal sind 10 Millionen „die Mindestforderung eines jeden Arbeiters“, das andere Mal „der Judaslohn“, mit dem die Kapitalisten die Ar- beiter bestechen. Die Schlussfolgerung liegt auf der Hand. Nicht Besserung der Lage, sondern Wirrwarr und Zusammenbruch ist das kommunistische Ziel.

Hakenkreuzparade in Oesterreich.

München, 17. August.

Vom 13. bis 16. August hielten die österreichischen Haken- kreuzler in Salzburg ihren diesjährigen Parteitag ab, wobei 250 Ortsgruppen und 450 Delegierte vertreten waren. Der Jahres- bericht verzeichnet eine Mitgliederzahl von 34 000, wovon 9800 sogenannte Ordnertruppen sind. Der Parteitag fand unter dem Schutz von etwa 3000 solcher Ordnertruppen, dabei vier Kom- pagnien aus Südbayern.

Im Mittelpunkt des Parteitages stand die Beteiligung an den im Herbst stattfindenden Nationalratswahlen, wozu bekannt- lich die Großdeutschen den Hakenkreuzlern ein Wahlbündnis vor- geschlagen haben. Die ob dieser Frage entbrannte Debatte drohte mehr als einmal zur Sprengung der Partei zu führen, zumal der bisherige Parteiführer Dr. Kiehl aus Wien und andere prominente Führer keinen Zweifel darüber ließen, daß, wenn die Entscheidung nicht in einem für sie annehmbaren Sinne fallen sollte (also für die Wahlbeteiligung), sie aus der Partei austreten würden. Im Namen Hitlers forderte Esser-München absolute Wahlenthaltung, da man in Deutschland unmittelbar vor einer nationalen Diktatur stünde; es wäre ein Verbrechen an der Partei, in einem solchen Zeitpunkt sich noch am gegenwärtigen Parlamentarismus zu be- schmutzen. Schließlich wurde die Frage einem Ausschuß zur Er- ledigung übergeben, bestehend aus den nationalsozialistischen Führern Oesterreichs, Deutschland und der Tischgesellschaft, in dem bei Stimmengleichheit Hitler, der zunächst noch abwesend war, die Entscheidung treffen sollte. Dieser griff denn auch tatsächlich von München aus ein und befahl, daß die österreichische Bruder- partei absolute Wahlenthaltung zu üben habe. Und nun geschah das Merkwürdige: Unter dem Eindruck des Regierungswechsels im Reich und unter dem Eindruck der durch die kommunistische Hege drohenden Katastrophe, vor allem aber unter dem Eindruck der ver- trauften Mitteilungen Hitlers über wichtige unmittelbare bevor- stehende Ereignisse wurde nun plötzlich die proklamierte Wahl- enthaltung auch von den bisherigen Gegnern mit Begeisterung angenommen. Gleichzeitig wurde Dr. Kiehl zum Parteiführer wiedergewählt und mit einer geradezu diktatorischen Gewalt aus- gestattet.

Die Henterjustiz in Bulgarien.

Die Berliner bulgarische Gesandtschaft dementierte gestern die Meldung über Todesurteile in Bulgarien. Jetzt wird durch SPD folgende Meldung aus Sofia verbreitet:

Vor dem Gericht erster Instanz in Plewna fand der Prozeß gegen 85 Angeklagte, die nach dem Sturze des Kabinetts Stam- boljiski der Empörung gegen die gelegentliche Regierung beschul- digt worden waren, sein Ende. Vier Angeklagte wurden zum Tode verurteilt, zwei zu lebenslänglichem Zuchthaus und 82 zu Gefängnisstrafen von zwei bis zwölf Jahren. Keun Angeklagte wurden freigesprochen. Das Urteil hat keinen endgültigen Cha- rakter, die Verurteilten können innerhalb zwei Wochen Berufung einlegen.

Die Arbeitslosigkeit in England.

O. P. London, 12. August.

Arbeitslosigkeit und auswärtige Politik standen als die beiden großen Probleme vor dem englischen Parlament als das am 12. August im vergangenen Spätherbst zusammengetreten ist. Arbeitslosigkeit und auswärtige Politik standen als die beiden großen Fragezeichen vor dem englischen Volk, als in diesen Tagen das Parlament seine dreizehntägige Tagung beendete. Der unlösliche Zusammenhang zwischen den Siegen des Herrn Poincaré an der Ruhr und dem Hunger der Arbeitslosen in Lancashire und am Clyde macht beide nur um so fühlbarer und die Verantwortung der englischen Regierenden um so schwerer. „Es war Churchill, der Russland ansah und blökierte. Es war Lloyd George, der jene groteske Schuldlumme festsetzte, die Poincaré heute einreibt. Es war Lloyd George, der Lancashire (des englischen Textilindustriegebiets) Abzackmarkt in der Türkei zerstörte. Es war Bonar Law, der seine „wohlwollende Neutralität“ erklärte, als Poincaré in das Ruhrgebiet einbrach und an einem vierten Winter des Elends verurteilte.“ — So stellt der sozialistische „New Leader“, das ausgezeichnete Wochenblatt der unabhängigen Arbeiterpartei, diese Verantwortlichkeiten für den Uppbruch und die Fortdauer des Übels fest.

Und in der Tat: das Herankommen eines neuen Winters der Arbeitslosigkeit erregt in der englischen Öffentlichkeit ernste Besorgnis. Man erinnert sich, wie im vorigen Jahre diese Welle des Elends ins Rollen kam und der große Zug der „Hungermarchen“ (Hungergänger) aus allen Teilen des Reiches nach London flutete, wie ihre ohnehin so beschiedene Forderung, ihre Not dem Premierminister selber vorzutragen, die geheiligte Ruhe und Ordnung der bürgerlichen Demokratie zu bedrohen schien. Erst die wärmere Jahreszeit machte dieser spontanen Unruhe ein Ende; aber unter der Sonnenbeschienenen Oberfläche schwälte sie fort und die guten Bürger fürchten ihren neuen Ausbruch.

Im Durchschnitt des letzten Winters zählte die Arbeitslosenarmee 1.345.000 Köpfe. Sie ist nach den letzten Ausweisen auf 1.185.000 heruntergegangen, also noch immer zahlreicher als in irgendeinem europäischen Lande. Im vergangenen Jahre hat England für Arbeitslosenfürsorge 49 Millionen Pfund ausgegeben: 19 Millionen Unternehmerbeiträge, 17 Millionen Arbeiterbeiträge und 13 Millionen Staatszuschüsse — es ist fürwahr eine Kriegskostensumme, die sich sehen lassen kann! In einer der letzten Sitzungen des Parlaments hat die Regierung eine Vorlage annehmen lassen, die einen Plan für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit im kommenden Winter aufstellt. Über diese unter dem Druck der Arbeiterpartei und der öffentlichen Meinung eingeleitete Aktion soll im ganzen Arbeitslosenlager für 300.000 Menschen schaffen — und 800.000 dürften weiter über die Annehmlichkeiten der kapitalistischen Gesellschaft nachdenken, die jüngst gerade in England so eifrige theoretische Verfechter fand. Immerhin hat nicht nur die Arbeiterpartei seit je konkrete Vorschläge zur wirklichen Verringerung der Arbeitslosigkeit gemacht und das unzulängliche Projekt der Regierung sofort mit einem detaillierten Gegenvorschlag beantwortet, sondern es verdient wohl auch bemerkt zu werden, daß selbst eine Gruppe von Unternehmern unter den bürgerlichen Abgeordneten in öffentlicher Stellungnahme auf die Gefahren des kommenden Winters hingewiesen und die Maßnahmen der Regierung als ungenügend getadelt hat. Daß sie damit eine wirtschaftliche Einsicht befehdeten, die vielen ihrer kontinentalen Kollegen mangelt, entspringt vielleicht mehr der Vorsicht als der Borausacht; aber wie sehr sie durch ihren Appell an das Eingreifen des Staates zur Abhilfe gegen die kapitalistischen Krisen ihre kapitalistischen Theorien selbst widerlegt haben, das ahnen diese „Sozialisten wider Willen“, wie sie ein Arbeiterabgeordneter nennt, kaum.

Indes ist die Arbeitslosigkeit nicht das einzige Uebel, unter dem die englische Wirtschaft und damit vor allem die englische Arbeiterklasse leidet. Im Jahre 1921 ist die Gesamtsumme der Löhne in England um 312 Millionen Pfund gesunken; im Jahre 1922 betrug die Lohnsumme 218 Millionen Pfund, im Jahre 1923 (bis zum Monat März) 156 Millionen Pfund. Dabei erfährt diese Ueberflut nur etwa die Hälfte der Arbeitnehmer des Landes; sie schließt nämlich die Landarbeiter, hauswirtschaftlichen Arbeiter, die Handlungsgehilfen und die gesamten öffentlichen und Privatangestellten aus. Immerhin bedeuten selbst diese höchst unvollkommenen Ziffern eine Summe von rund 700 Millionen Pfund in drei Jahren, um die die Kaufkraft der englischen Konsumenten gesunken ist. Das spürt der Kleinhändler, spürt selbst der Großhändler und der Fabrikant, da in dem fehlerhaften Kreislauf der kapitalistischen Warenzirkulation die Verbilligung der Produktionskosten, die die Verringerung der Lohnrate mit sich bringt, keineswegs in einer ent-

sprechenden Preissteigerung zum Ausdruck kommt, sondern irgendwo auf den Schleimwegen des Profits und des Leihzinses verkrümelt. Der eigentliche Leidtragende aber ist der, der in diesem Kreislauf der erste und letzte ist: der Arbeiter.

Doch diese Zahlen sprechen noch von anderen Dingen. Sie erzählen nicht nur von der Notlage des einzelnen Arbeiters, der die Lohnkürzung über sich ergehen lassen muß, sie sprechen auch von dem schweren Stand der Gewerkschaften, die nach einer Zeit stürmischen Aufstiegs nun schon seit drei Jahren in der bloßen Defensive sind und Mühe genug haben, die ununterbrochenen Angriffe des machtbewußten Unternehmertums abzuwehren. Eben jetzt sind wieder einige wenig aussichtsreiche Kämpfe im Gange: die Hafenarbeiter streiken in einigen Städten nun schon die sechste Woche gegen den Willen der Gewerkschaft, um eine Lohnkürzung abzuwehren, die sie, die vielfach nur einige Tage in der Woche arbeiten, besonders hart trifft. Die Forderung der Kohlenbergarbeiter nach Erhöhung ihrer Hungerlöhne ist von den Unternehmern auf die lange Bank geschoben worden; und die Gewerkschaft konnte es nicht unternehmen, von vornherein den geltenden Vertrag zu kündigen, obgleich auf der Jahreskonferenz, die darüber zu entscheiden hatte, die Ueberzeugung allgemein war, daß der Kampf unvermeidlich sei; unvermeidlich, leider, im ungünstigen Augenblick. Und die Eisenbahner sind bei ihrer letzten Forderung nicht nur auf den Widerstand der Unternehmer, sondern auf ein noch viel gefährlicheres Hindernis gestoßen: auf den Mangel an Einverständnis mit den benachbarten Gewerkschaften, die zu sehr mit eigenen Sorgen belastet sind.

So führen alle diese Kämpfe und Nöte schließlich auf den einen Ausgangspunkt zurück: daß nur eine Aenderung der gesamten europäischen Situation, ein Ende der kapitalistischen Katastrophopolitik auch die Lage der englischen Arbeiter bessern kann. Wie lange aber werden sie auf diese Besserung warten müssen? Die einzige wirkliche Abhilfe gegen die englische Arbeitslosigkeit liegt in der Wiederherstellung des europäischen Wirtschaftslebens — und dieses fällt Herr Poincaré an der Gurgel. Will England seinen Arbeitslosen friedliche Arbeit schaffen, so müßte es Poincaré von seinem röchelnden Opfer wegreißen. Solange es dazu nicht Macht genug hat, ist dieses mächtige Reich dazu verurteilt, in seinem Innern das freilebende Uebel der Wirtschaftslähmung, der Arbeitslosigkeit zu tragen — und je reicher und mächtvoller dieses von Gütern überfrachtete Imperium des Kapitalismus, je kulturumhegelter selbst auf den ersten Anblick das Leben des wohlbeschäftigten englischen Arbeiters erscheint, desto krasser wirkt hinter diesem Bild von Reichtum und Kultur der Kontrast des Elends und der Not, die auch hier des Proletariats Los inmitten der kapitalistischen Güterfülle sind, der Schatten ausgegrenzter Kurzarbeiter und verzweifelt umherirrender Arbeitsloser. Wer einmal an einem sonnigen Sommermorgen das Trafalgar Square in London gesehen hat, dieses Zentrum der Weltstadt, auf dem die englische Bourgeoisie das monumentale Denkmal ihrer triumphierenden Weltbeherrschung errichtete; und wer dort im Schatten der erzenen Nischenlöwen die schlumpigen Gestalten der Arbeitslosen lauern sah, die von diesem Triumph des Kapitalismus wenigstens den Schutz vor den Sonnenstrahlen haben wollen, das einzige, das ihnen der Kapitalismus zu bieten hat — der wird den tief symbolischen Eindruck nicht vergessen. Sieh hier den Kapitalismus herrschen und prunken — und sieh, was er im mächtigen Reich aus den Menschen macht!

Wenn es am Ende der Legislaturperiode sich zeigen sollte, daß das Parlament nichts getan hätte, ernstlich gegen die soziale Not des Volkes anzukämpfen, die Entwürdigung der Nation durch die ungesunden Wohnungsverhältnisse und die weitverbreitete Armut in einem von Wohlstand glänzenden Lande zu beilegen; daß sie der Vergewandlung unserer nationalen Finanzen nicht Einhalt getan, noch für eine ehrenhafte Verjüngung der Invaliden der Arbeit Vorsehung getroffen hätten — dann würde sich ein wahrhafter Schrei nach einer neuen Partei in diesem Lande erheben! Diese Worte sprach nicht etwa ein sozialistischer „Hörer“ vor heute. Sie sprach niemand anders als — Lloyd George, damals noch Finanzminister und Bekämpfer des Oberkaufes in seiner berühmten Rede in Cardiff im Oktober 1906, als er die Arbeiterpartei vom Sozialismus abhalten und auf den Wagen des Liberalismus spannen wollte. Einige Jahre später ging derselbe Lloyd George hin und koalisierte Liberale und Konservative — gegen die Arbeiterpartei. Aber seine Worte von damals sind heute wahrer als je. Sie künden die Unfähigkeit der englischen Bourgeoisie, die großen Probleme zu meistern, unter denen das englische Volk, die englische Arbeiterklasse leidet. Und sie künden die Hoffnung, daß es dereinst und erst dann anders wird — bis eine neue Partei die Regierung des Reiches, die Sorge um den Frieden und den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit übernimmt.

Vermischte Nachrichten.

Kraubüberfall auf einen Postbeamten. Ein Postbeamter aus Neukölln wurde nachts um 1 Uhr, nachdem er seine Dienststelle am Schlesischen Bahnhof verlassen hatte, an der Ecke der Breslauer und Kopenstraße von fünf Männern überfallen und beraubt. Sie schlugen mit Häuten auf ihn ein und entrißen ihm die Brieftasche, in der sich 5420 000 Mark befanden, die er als Nachzahlung erhalten hatte. Sie stahlen ihm noch eine Nickeluhr und ergriffen die Flucht. Die Täter entkamen infolge der mangelhaften Straßenbeleuchtung.

Stillegung der Berliner Straßenbahn? Die Verkehrsdeputation hat die Erhöhung des Straßenbahnverkehrs mit sofortiger Wirkung von Montag ab auf 100 000 Mark erhöht. Die von der Direktion auf Grund ihrer Unterlagen verlangte sprunghafte Steigerung auf 200 000 Mark wurde von der Verkehrsdeputation abgelehnt. Die Straßenbahn ist in Berlin zweifellos am Ende ihrer Kraft. — Die Dresdner Straßenbahn kostet vom Mittwoch ab 200 000 Mark.

Gemälbediebstahl in der Münchener Lenbach-Galerie. Der Anfang August in der Münchener Lenbach-Galerie verübte Diebstahl kostbarer Gemälde von Franz Hals, Lucas Cranach, Hans Holbein, Rubens und anderen ist aufgeklärt worden. Einige der gestohlenen Bilder wurden in Berlin in einem Hotel am Potsdamer Platz von einem ehemaligen Studenten Max Schmidt zum Verkauf angeboten. Eine zweite Spur führte nach Hamburg, wo Schmidt Beziehungen zu einer Frau Fries unterhielt. Beide wurden festgenommen und alle Bilder mit einer Ausnahme beschlagnahmt.

Eine Flaschenpost von Thüringen zur Bäreninsel. Als im Jahre 1921 das oberhalb des Ortes Kohra bei Weimar entspringende Flüsschen Gramme Hochwasser führte, vertrauten die Stammgäste der „Sonne“ in Kohra ihm eine Flaschenpost an. Der gut verschlossene Flasche war ein Zettel, der Grüße an den eventuellen Empfänger, sowie Namen und Wohnort der Stammgäste trug, beigelegt worden. Vor einiger Tagen ging zum größten Erstaunen aller Beteiligten dem Sonnenwirt von dem englischen Schiffskapitän Schmidt ein Schreiben mit der Nachricht zu, er habe die Flaschenpost, als er mit seinem Fischdampfer in der Nähe der Bäreninsel kreuzte, aufgefangen. Da seine Eltern Deutsche seien, halte er es für eine angenehme Pflicht, den Stammgästen der „Sonne“ in Kohra von dem Schicksal der Flaschenpost Nachricht zu geben. Somit hatte die Flasche die weite Reise von der Gramme, die bei Schalksburg in die Anstrut mündet, durch die Anstrut, die Saale und die Elbe nach der Nordsee und ins Eismeer gemacht.

Grubenunglück in Mexiko. — 113 Bergleute ums Leben gekommen. Ein Grubenunglück in Remmer in Staat Wyoming stellt sich in seinen Folgen als geradezu katastrophal heraus. Zur Zeit der Explosion, die wahrscheinlich durch eine Dynamitpatrone verursacht wurde, waren 138 Arbeiter in der Grube. Hier von konnten 25 lebend zutage gefördert werden, während die übrigen 113 nur noch als Leichen geborgen werden konnten. Der Tod ist durch Ersticken eingetreten, da giftige Gase auftraten, sowie auch durch Ertrinken, da die Pumpanlagen versagten.

Taijun-Katastrophe. Hongkong ist von einem furchtbaren Taijun heimgesucht worden, der großen Schaden angerichtet hat und dem viele Menschenleben zum Opfer gefallen sind. Zahlreiche Schiffe sind untergegangen, u. a. das britische Unterseeboot L 9, das im Hafen lag. Die gesamte Mannschaft des Unterseebootes konnte gerettet werden.

Berantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Fremdwörter, Lieder und Neulieder Hermann Bauer; für Interzelle Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg. — Druck von Friedrich Meyer & Co., sämtlich in Lübeck.



Drei Soldaten.

Roman von Jon des Bassa.

Aus dem amerikanischen Manuskript überfetzt von Julian Gumpert. (Nachdruck verboten. Der Malik-Verlag, Berlin.)

78. Fortsetzung.

Das Boot schob in die Strömung fort. In wenigen Minuten schon hatten sie es vor dem Hause der Kobs an den Strand gezogen.

„Kommen Sie, und trinken Sie Tee mit uns,“ sagte Genevieve.

„Nein, ich muß arbeiten.“

„Sie arbeiten etwas Neues?“

Andrews nickte.

„Wie soll es heißen?“

„Die Seele und der Leib von John Brown.“

„Wer ist John Brown?“

„Ein Revolutionär, der das Volk befreien wollte. Es gibt ein Bild über ihn.“

„Werden Sie morgen kommen?“

„Wenn Sie nicht zu beschäftigt sind.“

„Oh, die Boileaus kommen zum Lunch. Zum Tee wird niemand da sein. Wir können also allein den Tee trinken.“

Er ergriff ihre Hand und hielt sie unbefohlen, wie ein Kind die Hand eines neuen Spielkameraden hält.

„Gut, also so gegen vier. Falls niemand da ist, werden wir müßigieren,“ sagte er.

Sie entzog ihm ihre Hand eilig, machte eine seltsame, konventionelle Bewegung des Abschiednehmens und ging über die Straße durch das Tor, ohne sich umzuschauen. Ein Gedanke kam ihm in den Sinn: Mrs Zimmer laufen, die Tür hinter sich abschließen, sich dann mit dem Gesicht auf das Bett werfen. Dieser Gedanke amüßte ihn irgendwie. Das hatte er immer getan, wenn ihm als Kind die Welt zu schwer erschienen war. Dann war er die Treppe hinaufgelaufen, hatte die Tür hinter sich abgeschlossen und sich mit dem Gesicht auf das Bett geworfen.

„Ob ich wohl meinen werde?“ fragte er.

Madame Boncour kam die Treppe herunter, als er hinaufging. Er ging zurück und wartete.

Als sie hinuntergekommen war, sagte sie: „So, Sie sind ein Freund von Madame Rod, Monsieur?“

„Woher wissen Sie?“

Ein Grinsen erschien auf ihren beiden Lippen.

„Sie wissen, auf dem Lande weiß man alle.“

„Au revoir,“ sagte er und begann die Treppe hinaufzugehen.

„Wais, monsieur. Sie hätten mir doch davon erzählen müssen.“

Wenn ich das gewußt hätte, hätte ich Sie nicht gebeten, im Boot zu bezahlen. Sie müssen mir vergeben, Monsieur.“

„Schon gut.“

„Monsieur est américain? Sie sehen, ich weiß sehr viel.“

Ihre schlaffen Beine gingen auf und nieder, als sie zu ihm hin aufging.

„Und Monsieur kennen Madame und Mademoiselle Rod schon eine lange Zeit. Ein alter Freund, Monsieur ist Musiker?“

„Ja. Bon soir.“

Andrews lief die Treppe hinauf.

Ihre singende Stimme verfolgte ihn die Treppe hinauf.

Er schloß die Tür zu und warf sich auf das Bett.

Als Andrews am nächsten Morgen aufwachte, war sein erster Gedanke, wie lange er an diesem Tage warten müsse, um Genevieve zu sehen. Dann erinnerte er sich an ihr Gespräch am Tage zuvor. Danach lohnte es sich überhaupt, sie zu besuchen? fragte er sich, und langsam ergriff ihn kalte Verzweiflung. Einen Augenblick lang dachte er, daß er das einzige Lebewesen in einer Welt täter Maschinen sei. Der Frosch, der über den Weg hüpfte vor einer großen Dampfmaschine.

Plötzlich dachte er an Jeanne. Er sah sie vor dem Kaffee de Rodan an irgendeinem Mittwoch-Abend auf und ab gehen und auf ihn warten. Was würde sie an Genevieves Stelle getan haben? Die Menschen waren immer einsam, in Wirklichkeit. Die, die in den prächtigen, großen Wagen fuhren, konnten nie so fühlen, wie die anderen, die hinterher gehen und den Staub einschleuden, die Fröhliche, die über den Weg hüpfen. Er fühlte keinen Groll gegen Genevieve.

Diese Gedanken fielen von ihm ab, während er seinen Kaffee trank und das trodene Brot aß, und nachher, als er am Flußufer hin und her ging, fühlte er, wie die Steifheit seines Bewußtseins und Körpers sich auflöste und alles in ihm zu zittern begann in dem Strom der Musik, wie eine Kugel, die im Winde rauschte.

Er spitzte einen Bleistift und ging wieder hinauf in sein Zimmer. Der Himmel war wolkenlos an diesem Tage. Wie er sich an seinen Tisch setzte, erschienen im Fenster das Blau des Himmels und die Hügel, von der Windmühle überragt, und das silbrige Blau des Flusses. Manchmal schrieb er Noten schnell nieder, nichts denkend, nichts fühlend, nichts lebend. Dann wieder sah er lange und starrte in den Himmel, auf die Windmühle, irgendwie glücklich mit unerwarteten Gedanken spielend, die kamen und wieder erloschen.

Als die Uhr zwölf schlug, bemerkte er, daß er hungrig war. Zwei Tage lang hatte er nichts als Brot, Mürli und Käse gegessen. Drinnen bei Madame Boncour um ein Mittagbrot. Sie brachte ihm Essen und eine Flasche Wein und hielt da, beobachtete ihn beim Essen, die Arme gekreuzt und mit dem Grinsen in ihren ungeheuren roten Beinen.

„Monsieur ist weniger, als irgendein anderer junger Mann,“ sagte sie.

„Ich arbeite sehr,“ sagte Andrews und wurde rot.

„Aber wenn man arbeitet, muß man sehr viel essen.“

„Und wenn einem das Geld knapp ist?“ fragte Andrews lächelnd.

„Irgend etwas in dem fortwährenden Blick ihrer Augen erschreckte ihn für einen Augenblick.“

„Sind jetzt nicht viel Menschen hier, Monsieur... Wollen Sie nicht etwas Richtiges haben, Monsieur?“

„Käse und Kaffee.“

„Nichts sonst? Es gibt doch jetzt Erdbeeren.“

„Nichts mehr, danke schön.“

Als Madame Boncour mit dem Käse zurückkam, sagte sie: „Ich hatte hier schon einmal Amerikaner, Monsieur. Habe eine ganz schöne Zeit mit ihnen verbracht. Es waren Defektäre. Sie liefen fort, ohne zu bezahlen. Die Gendarmen hinter ihnen. Ich hoffe, daß man sie gefast hat und an die Front geschickt, diese nichtsnutzigen Kerls.“

„Es gibt allerhand Amerikaner,“ sagte Andrews leise. Er war während über sich selbst, weil sein Herz so heftig klopfte.

„Ich gehe jetzt ein wenig aus. Au revoir, Madame.“

„So Monsieur geht ein wenig aus. Amusez vous bon, Monsieur.“

„Au revoir, Monsieur.“

Madame Boncour's Sing-Sang verfolgte ihn bis draußen.

Ein wenig vor vier Uhr klopfte Andrews vor dem Hause der Kobs an. Er konnte Santos, den kleinen, schwarzen Hund, schreien hören. Madame Rod öffnete ihm die Tür.

„Oh, da sind Sie ja,“ sagte sie. „Kommen Sie herein und trinken Sie etwas Tee mit uns. Haben Sie heute viel Arbeit?“

„Und Genevieve?“ flammelte Andrews.

„Sie ist mit einigen Freunden Auto fahren. Sie hat einen Zettel für Sie dageschrieben. Er liegt auf dem Tisch.“

Er fand sich selbst dann sprechend, Fragen stellend und antwortend, Tee trinkend, Kuchenstücke in den Mund führend; alles in einem weichen roten Nebel. Auf Genevieves Zettel stand:

„John!“

„Ich denke an Mittel und Wege. Sie müssen in irgendein neutrales Land. Warum haben Sie nicht erst mit mir darüber gesprochen, ehe Sie sich so jede Möglichkeit abgeschnitten haben?“

„Ich komme morgen zur selben Zeit. Bien a vous. G. R.“

„Wird es Sie hören, wenn ich einige Minuten Klavier spiele, Madame Rod?“ fragte Andrews plötzlich.

„Nein, spielen Sie nur, wir werden später kommen, Ihnen zu hören.“

Als er das Zimmer verließ, bemerkte er, daß er außer zu Madame Rod noch zu den beiden Cousins gekommen hatte.

(Fortsetzung folgt.)

Bekanntmachung.

Nach den am 11. August ds. Jrs. vom Reichstag verabschiedeten neuen Steuergesetzen sind folgende Zahlungen zu leisten:

I. Auf Grund des Gesetzes über Vorauszahlungen auf die Einkommen-, Körperschafts- und Umsatzsteuer R.G.B.I. I S. 773.

An Stelle des nach dem Gesetz vom 9. Juli 1923 bestimmten Fünfundzwanzigfachen ist die Vorauszahlung auf die Einkommensteuer nach dem Vierhundertfachen des Betrages zu berechnen, der sich als Einkommensteuer für das Kalenderjahr 1922 ergibt. Soweit der Feststellung des Einkommens ein Wirtschafts- (Geschäftsabschluss) vor dem 1. Juli 1922 zugrunde liegt, ist die Vorauszahlung zu vereinfachen.

Die Vorauszahlungen auf die Körperschaftsteuer, die nach dem 30. Juni 1923 fällig werden, erhöhen sich auf das Sechshundertfache — statt bisher Fünfunddreißigfache. — Die Erwerbsgesellschaften, die ihr Wirtschaftsjahr vom 31. März 1922 bis zum 30. September 1922 abgeschlossen haben, haben als weitere Vorauszahlung auf die Steuer für das Wirtschaftsjahr (Geschäftsjahr) 1922/23 das Sechszehnhundertfache (bisher Hundertfache) der Beträge zu entrichten, die sich nach Artikel VIII Abs. 8 Satz 1 des Gesetzes über die Veranschlagung der Geldentwertung in den Steuergesetzen vom 20. März 1923 (R.G.B.I. I S. 198) bis zum 1. Mai 1923 als Vorauszahlung auf die Steuer für das Wirtschaftsjahr (Geschäftsjahr) 1922/23 zu entrichten hatten.

Vorstehende Beträge sind am 25. August 1923 fällig. Die nächsten Vorauszahlungen sind am 5. Oktober 1923 und 5. Januar 1924 — statt 15. November 1923 und 15. Februar 1924 — fällig und zwar in gleicher Höhe, sofern nicht inzwischen ein anderes Gesetz festgesetzt wird.

II. Auf Grund des Gesetzes über die Erhebung einer außerordentlichen Abgabe und Anlaß der Ruhrbesetzung (Rhein- und Ruhr-Abgabe) R.G.B.I. I S. 774.

Als außerordentliche Abgabe für Rhein und Ruhr sind zu zahlen
1. Von den zur Entrichtung der erhöhten Einkommensteuer verpflichteten Einkommensteuerpflichtigen

am 25. August 1923,
am 5. Oktober 1923 und
am 5. Januar 1924

jeweils das Doppelte der auf Grund der Gesetze vom 9. Juli 1923 und 11. August 1923 für das entsprechende Kalendervierteljahr zu entrichtenden Vorauszahlung;

2. von den übrigen Einkommensteuerpflichtigen, deren gesamtes steuerbares Einkommen im Kalenderjahr 1922 den Betrag von einer Million übersteigt hat,

am 25. August 1923 das Hundertfache,
am 5. Oktober 1923 das Zweihundertfache,
am 5. Januar 1924 das Zweihundertfache

der nach dem Einkommen des Kalenderjahres 1922 berechneten Vorauszahlung auf die Einkommensteuer für das entsprechende Kalendervierteljahr,

3. von den Erwerbsgesellschaften, die ihr Wirtschaftsjahr (Geschäftsjahr) 1921/22 oder 1922 in der Zeit vom 1. Oktober 1922 bis zum 31. Dezember 1922 abgeschlossen haben,

am 25. August 1923 ein Viertel des Betrages, der sich als Körperschaftsteuer für das Wirtschaftsjahr (Geschäftsjahr) 1921/22 oder 1922 ergibt, vervielfacht mit 600,
am 5. Oktober 1923 und am 5. Januar 1924 je die Hälfte des Betrages, der sich als Körperschaftsteuer für das Wirtschaftsjahr (Geschäftsjahr) 1921/22 oder 1922 ergibt, vervielfacht mit der Zahl, die auf Grund der Gesetze vom 9. Juli 1923 und 11. August 1923 für im Oktober 1923 und im Januar 1924 fällige Vorauszahlungen festgesetzt wird.

4. von den Erwerbsgesellschaften, die ihr Wirtschaftsjahr (Geschäftsjahr) 1921/22 vor dem 1. Oktober 1922 abgeschlossen haben,

bei Abschlüssen vor dem 1. April 1922:

am 25. August 1923 das Einfache des Betrages, der sich als Körperschaftsteuer für das Wirtschaftsjahr (Geschäftsjahr) 1921/22 ergibt, vervielfacht mit 600,
am 5. Oktober 1923 und am 5. Januar 1924 je das Doppelte des Betrages, der sich als Körperschaftsteuer für das Wirtschaftsjahr (Geschäftsjahr) 1921/22 ergibt, vervielfacht mit der Zahl, die auf Grund der Gesetze vom 9. Juli 1923 und 11. August 1923 für im Oktober 1923 und im Januar 1924 fällige Vorauszahlungen festgesetzt wird,

bei Abschlüssen in der Zeit vom 1. April 1922 bis zum 30. September 1922:

am 25. August 1923 die Hälfte des Betrages, der sich als Körperschaftsteuer für das Wirtschaftsjahr (Geschäftsjahr) 1921/22 ergibt, vervielfacht mit 600,
am 5. Oktober 1923 und am 5. Januar 1924 je das Einfache des Betrages, der sich als Körperschaftsteuer für das Wirtschaftsjahr (Geschäftsjahr) 1921/22 ergibt, vervielfacht mit der Zahl, die auf Grund der Gesetze vom 9. Juli 1923 und 11. August 1923 für im Oktober 1923 und im Januar 1924 fällige Vorauszahlungen festgesetzt wird.

Leibbeträge, die den Betrag von 100.000 Mark nicht übersteigen, werden nicht erhoben. Den Zahlungspflichtigen wird eine Benachrichtigung über die Höhe der von ihnen zu entrichtenden Zahlungen zugehen, jedoch ist jeder Steuerpflichtige verpflichtet, auch ohne Empfang einer solchen Benachrichtigung die von ihm geschuldeten Beträge pünktlich zu entrichten.

III. Auf Grund des Gesetzes über die Besteuerung der Betriebe. R. G. Bl. I. Seite 769.

A) Abgabe der industriellen, gewerblichen und Handelsbetriebe.

Alle nach dem Gesetz abgabepflichtigen natürlichen und juristischen Personen, Personenvereinigungen und Vermögensformen, so lange sie innerhalb der Geltung dieses Gesetzes Arbeitnehmer beschäftigen, haben als Abgabe zu entrichten:

Das Zweifache der Beträge, die der Arbeitgeber gem. § 46 des Einkommensteuergesetzes in der Zeit vom 1. September 1923 bis zum 29. Februar 1924 an das Reich abzuführen hat. Arbeitgeber, die den Steuerabzug vom Arbeitslohn im Ueberweisungsverfahren bewirken, haben die Abgabe gleichzeitig mit dieser Ueberweisung zu entrichten.

Arbeitgeber, die den Steuerabzug vom Arbeitslohn durch Verwendung von Steuermarken bewirken, haben die Abgabe, die nach den in der Zeit vom 1. bis 15. eines Kalendermonats vom Arbeitslohn einbehaltenen Beträgen berechnet wird, spätestens bis zum 25. dieses Kalendermonats und die Abgabe, die nach den in der Zeit vom 16. bis zum Schlusse eines Kalendermonats vom Arbeitslohn einbehaltenen Beträgen berechnet wird, spätestens bis zum 10. des folgenden Monats zu entrichten.

Die Abgabe ist ohne besondere Aufforderung zu zahlen. Benachrichtigungen werden dem Steuerpflichtigen nicht zugesandt.

B. Abgabe der landwirtschaftlichen, forstwirtschaftlichen und gärtnerischen Betriebe. Von Betrieben, die dauernd landwirtschaftlichen, forstwirtschaftlichen oder gärtnerischen Zwecken dienen, sind zu entrichten:

für je 2000 M. Verbräutigungsverwert eine und eine halbe Mark monatlich, Grundstücke, die nicht zum Verbräutigungsverwert herangezogen sind, sind nach den für die Veranlagung zum Verbräutigungsverwert geltenden Vorschriften zu schätzen.

Die Abgabe ist in Gold zu zahlen. Sie kann jedoch in deutschen Banknoten, Reichsstempelscheinen und Reichsstempelscheinen in dem um das Aufgeld erhöhten Betrage gezahlt werden. Das Aufgeld wird jeweils im Voraus vom Reichsminister der Finanzen festgelegt und im Reichsanzeiger öffentlich bekannt gemacht.

Die zu dieser Abgabe Verpflichteten sind von der zu III A genannten Steuer befreit. Die Abgabe ist am 1. jedes Monats, zum ersten Male am 1. September 1923 fällig. Sie ist unaufgefordert zu entrichten. Es werden dem Steuerpflichtigen jedoch Bekanntmachungen über die Höhe der von ihnen in Gold zu entrichtenden Beträge zugehört werden.

Das zu II und I Gesagte gilt auch hier.

Die nach Vorstehendem zu zahlenden Steuern sind an den oben bezeichneten Terminen pünktlich an die zuständige Finanzkasse in bar oder auf Bank- oder Postsparkonto zu zahlen.

Die Vorlage des Reiches erfordert, daß gegen lärmige Schuldner mit unangenehmlicher Strenge vorgegangen wird. Es müssen deshalb die rückständig bleibenden Beträge sofort nach Fälligkeit zwangsweise beigetrieben werden. Außerdem werden auf Grund des Steuergesetzes vom 11. August 1923 — R. G. Bl. I S. 774 — zu den verspätet eingehenden Beträgen Zuschläge erhoben, die für je einen halben Monats auf 400 v. H. des Rückstandes festgesetzt sind. Für Steuerhinterziehungen und Steuergefährdungen sind in den Steuergesetzen schwere Geld- und Gefängnisstrafen angedroht.

Erkundungsgesuchen wird grundsätzlich keine Folge gegeben werden.

Lübeck, den 15. August 1923. (5569)

Landesfinanzamt Mecklenburg-Südb.
Abteilung Ia. für Betr. und Verkehrssteuer.

Bekanntmachung, betreffend die Einsetzung eines Marktgerichts.

Der Senat hat beschlossen, die Einrichtung eines Marktgerichts anzuerkennen zu dem Zwecke, daß im Marktverkehr bezügliche strafbare Handlungen, insbesondere Zuwiderhandlungen gegen die Reichswirtschaftsverordnungen und Preisverordnungen im unmittelbaren Anschluß an die Zeit im gerichtlichen Strafverfahren oder gemäß § 211 der Strafprozessordnung abgeurteilt werden können.

Mit der Ausführung dieser Anordnung wird die Justizkommission beauftragt. Der Senat, Lübeck, den 15. August 1923. (5515)

Die Gebührensätze für Prüfung und Abnahme elektrischer Einrichtungen werden ab 21. d. Mts. erhöht. Näheres im Verwaltungsmagazin, Mengstraße 26. (5522) Die städtischen Betriebe.

Nichtamtlicher Teil

Hobelmeister

und selbständiger Maschinist für Säge- und Holzwerkzeuge mit städtischer Lichtanlage gesucht. Muß praktisch veranlagt sein, sämtliche vorkommenden Reparaturen ausführen können. Wohnort: Lübeck. Angebote unter S 170 an die Exped. d. Bl. (5521)

Als Verlobte empfehlen sich 5582

Frida Hamer
Willi Holst

Lübeck,
den 19. August 1923.

Dankagung.

Allen denen, die meinem lieben Mann, unserem guten Vater die letzte Ehre erwiesen, insbesondere dem Deutschen Verkehrsband, den Kameraden für die Unterstützung, der Kameraderwaltung, sowie Herrn Pastor Kanitz für seine trostreichen Worte unseren herzlichsten Dank.

Frau L. Schwarz
5526) und Kinder.

Allen, die unserem lieben, so früh Entschlafenen das letzte Geleit gaben, für die Kranzspende der Fa. Thiel u. Söhne, Angestellten, Mitarbeitern und Arbeiterinnen, sowie Herrn Hauptpastor Kanitz für die trostreichen Worte unseren tief empfundenen Dank. (5528) Familie Breede, Anni Rehder u. Mutter.

Junger Mann sucht möbl. Zimmer, Nähe Hundestraße. Ang. unt. S 168 an die Exp. d. Bl. (5513)

1 oder 2 leere Zimmer gesucht. Ang. unt. S 187 an die Exp. d. Bl. (5500)

Bettstelle zu verkaufen. 5563) Hünshäulen 30. II.

Zu verk. gut erh. dunkler Herren-Anz., H. Fig., som. Wagon-Mantel f. Wandl. 5525) Augustenstr. 22a. I.

Zu verk. 2 gute Sofas und kleine Grube. 5528) Trichstr. 8a.

Laufende Handwagen, 9-10. Zentner Tragf., gegen Herren-Fahrad. Schwulup, Brechmerstr. 2. II (5524)

Fischverjorgung Lübecks!

Zur Aufklärung!

Sämtliche zu ihrem Betriebe erforderlichen Materialien wie Netze, Garne, Verbstoffe, Taumwerk, Motorschmieröl, Gasöl usw. müssen unsere Fischer zu Preisen einkaufen, die nach Goldmark bzw. nach Dollar berechnet werden. Diese Materialien haben Preissteigerungen nach dem Goldindex um das 650 000fache, nach dem Dollar um das 1 000 000fache erfahren. Im Verhältnis hierzu ist die Preisbewegung für unsere Fische eine rückläufige gewesen. So z. B. notieren wir für den Lübeckischen Fischhandel in den letzten Tagen für

- Dorsch I Mk. 60000 d. Wfd.,
- Dorsch II Mk. 50000 d. Wfd.,
- Goldbutt I Mk. 100000 d. Wfd.,
- Grabsbutt I Mk. 80000 d. Wfd.,

während die Preise, die amtlichen Preisnotierungen vom Juli 1914 zu Grunde gelegt, bei Berücksichtigung der Geldentwertung folgende Zahlen ergeben müßten:

- Dorsch I Mk. 195000—300000 d. Wfd.,
- Dorsch II Mk. 180000—200000 d. Wfd.,
- Goldbutt I Mk. 325000—500000 d. Wfd.,
- Goldbutt II Mk. 195000—300000 d. Wfd.

Die Folgen der seit längerer Zeit bereits bestehenden Unterbewertung der Fischpreise sind für unsere Fischer befürwortenswerdend. Die Motorfischer, welche überdies auf hoher See bedeutende Mehrverluste hatten, erzielten für ihre Fänge nicht solche Preise, die es ermöglichten, für neue Fahrten sich wieder auszurüsten. Unsere kleine Hochseeflotte liegt infolgedessen im Hafen und kann dem Fischfang nicht mehr obliegen. Mehrere Fischer haben auch erhebliche Motorschäden zu verzeichnen, deren Aufbringung ihnen aus eigenen Mitteln nicht mehr möglich ist. Kredite sind kaum zu beschaffen. In der gleichen traurigen Lage ist unsere Kleinfischer. Ihr ist, ebenso wie den Motorfishern, die Anschaffung von Ersatzteilen glatt unmöglich. Für neue Netze werden sinnverwirrende Zahlen genannt. Für einen einzigen Angelhaken werden heute Mk. 10 000 verlangt. Ersatzfahrgemäße geht bei einem einmaligen Auslegen von Angeln durchschnittlich 1/2 verloren.

Um den Fischfang nicht vollständig zum Stillstand zu bringen, und damit unseren Fischern eine bestehende Erwerbsmöglichkeit zu lassen, läßt sich eine erhebliche Erhöhung der Fischpreise nicht umgehen. Wir müssen daher für die nächsten Tage schon

höhere Fischpreise

normieren. Ein Vergleich mit den auswärtigen Fischmarktpreisen wird zeigen, daß sich unsere Preise immer noch in bescheidenen Grenzen halten. (5514)

Travemünde, 18. August 1923.

Lübecker Fischergesellschaft

e. G. m. b. H.



KATHARINENKIRCHE LÜBECK

20. AVG.-2. SEPT.

MOBELAUSSTELLUNG

LÜBECKER TISCHLER-INNVNG

Feuerung gegen Motorwagen zu tauschen gesucht. Ang. unter S 169 an die Exp. d. Bl. (5519)

Schneiderin empf. sich in u. auß. d. Hause. Ang. u. S 171 a. d. Exp. (5527)

Gimerbier.
Dienstag von 4—6 Uhr.
5520) Brauerei Stamer.

Künstliche Gebisse, einzelne Zähne kauft ständig Goldschmied Tollgreve 92 Königstraße 92 Kostenlose Auekunft.

Gimerbier
Dienstag von 3—6 Uhr.
5530) H. Bade.

Gimerbier.
Dienstag 4—6 Uhr nachm.
5531) Brauerei Wilcken
Engelswisch und
Arnimstr. 21 a.

Reit-Spring-Fahr-Turnier auf der Rennbahn Travemünde-Priwall morgen Dienstag, nachmittags 3 Uhr und Mittwoch, 2 1/2 Uhr. Karten-Vorverkauf im Reisebureau Rudolph Karstadt, Lübeck, (Fernruf 9009—13), Hugo Thursch, Travemünde (Fernruf 172).

Arbeiter-Liederbuch für Massengesang. Buchhandlung Friedrich Meyer & Co., Johannisstr. 46.

Sozialdemokratisch. Verein Lübeck.
Dienstag, den 21. August 1923, abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus Außerordentliche Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung: Der Polizeistandal in Lübeck. Bericht vom Vorstand und Ausschuss und Stellungnahme zu den Forderungen an den Senat. (5474) Zahlreiches Erscheinen erwartet. Der Vorstand. Zutritt nur gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches.

Deutscher Verkehrsbund Ortsverwaltung Lübeck. (5499)

Zentralverband der Zimmerer Bezirk Lübeck. (5516)
Mitglieder-Versammlung am Mittwoch, d. 22. Aug. abends 7 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus. Tagesordnung: 1. Vortrag des R. Wolgast vom Hauptvorstand über: „Wertständige Lehne“. 2. Vorstandsbericht. 3. Innere Verbandsanangelegenheiten. Der Vorstand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Verwaltungstelle Lübeck 5517

Außerordentliche Mitglieder-Versammlung am Dienstag, d. 21. Aug. abends 7 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus. Tagesordnung: 1. Bericht von den Bezirksverhandlungen. 2. Bericht des Vorstandes. Die Ortsverwaltung.

Hansa-Theater. Heute Montag und folgende Tage 8 Uhr: Novität! Novität! „Die galante Nacht“. Ein Abenteuer in 3 Akten von Max Bachwisch. (5516)

Stadtheater Lübeck. Montag, 7.30 Uhr: Volkst. Konzert. Dienstag, 5.30 Uhr: Satiniga. (5512)

Trocadero. Schüsselbud. 4. F. 787 Täglich ab 5 Uhr nachmittags: **Stimmungs-Konzerte.** (5497)

Freistaat Lübeck.

Montag, 20. August.

Wandelnde Millionen.

Statistik ist eine Wissenschaft, die sich in alle menschlichen Verhältnisse drängt, um sie zu erforschen. So hat man auch früher schon sich daran gemacht, aufzuzeichnen, welchen Wert die Gegenstände hatten, die der Mensch auf seinem Wege trug, in denen und mit denen er auf dieser Erde wandelte. Gar hebbene Summen waren es, wenn man die Arbeiterkleidung schätzte, und selbst bei Toiletten der vornehmsten Damen kam man noch lange nicht an eine Million heran, sofern man davon abließ, etwaigen wertvollen Schmuck, der doch sozusagen nicht zur Bekleidung gehörte, mit in die Rechnung einzuziehen. Heute steht die Statistik auf ganz unsicherem Boden: Von Tag zu Tag verzögert sich der Wert der auf dem Leibe befindlichen Sachen, mögen sie noch so ehrwürdiges Alter aufweisen. Die einfachste Bekleidung: Hemd, Hose, Stiefel, ergibt heute mehr als eine Million, und es macht auch keinen Unterschied, wenn Sandalen oder Pantien in Frage kommen. Was aber nun ein wirklicher Anzug nebst dazugehöriger Mütze, guten Stiefeln, Hut, eventuell noch Handschuhe Schirm oder Stock, heute an Wert repräsentiert, geht in die —zig Millionen hinein. Nur schade, daß diese wandelnden Millionen nicht auf einen Haufen geschüttet und zur Sanierung unserer Finanzen verwendet werden können — Sitte und Klima verbieten leider die Bekleidung à la Paradies mit dem Feigenblatt. Immerhin dürfte es nicht ausgeschlossen sein, daß ein findiger Finanztechnikus auf den Gedanken kommt, diese wandelnden Millionen mit einer Steuer zu belegen, die etwa nach der Zahl der Anzüge und Toiletten abgestuft sein könnte. Hier liegen wahrhafte Billionenwerte „greifbar“ — und der Opfergeist ist nicht da, der nicht die Mädchen trieb, ihr Haupthaar auf den Altar des Vaterlandes zu opfern. Das Gegenteil ist vielmehr der Fall; jeder rafft an Schwerten zusammen, soweit es seine Börse zuläßt. Hoffentlich kommt jetzt ein Umschwung, der auch dem Nichtstehler gestattet, sich mit den notwendigen — nicht überflüssigen — Bekleidungsstücken zu versorgen.

Sozialdemokratischer Verein.

Eine außerordentliche Mitgliederversammlung wird morgen, Dienstag, abends 7½ Uhr, im Gewerkschaftshaus abgehalten. Besprochen werden u. a. die letzten Vorkämpfe in Lübeck. Ferner wird Stellung genommen zu den Forderungen der Fraktion an den Senat. Bei der Wichtigkeit der Tagesordnung wird zahlreiches Erscheinen erwartet. Mitgliedsbücher sind vorzuzeigen.

Widerstand gegen wertbeständige Löhne.

Die Löhne im Buchdruckgewerbe sind zentraltariflich geregelt. Die Buchdruckerhilfen, die früher mit an der Höchstlohnspitze markierten, sind im Kriege und auch die letzten Jahre stark ins Hintertreffen geraten, denn die Not der Zeitungen traf sie vorzugsweise. Durch ihre gut ausgebaute Organisation haben sie es aber dazu gebracht, daß die Löhne wertbeständig gemacht wurden. Dadurch sankelte der Lohn von 12 auf 35 Millionen in der laufenden Woche empor. Bei den heutigen Preisen für alles Lebensnotwendige reicht auch diese Summe nur zum allerbesten Lebensunterhalt aus. Trotzdem glauben die Lübecker Buchdruckerprinzipale, allen voran der marxistische „General-Anzeiger“ des Herrn Coleman und die „Lübecker Anzeigen“, ihren Gehilfen das Notwendigste vorenthalten zu müssen, obwohl sie bereits den Abonnements- und Anzeigenpreis dem neuen Lohn entsprechend erhöht haben. Die Zeitungsfabrik von Coleman kann sich wohl den Luxus leisten, zwei Blätter herauszugeben, und die Firma Vorhers bringt ihren deutschnationalen Kohl in einem Morgen- und Abendblatt. Aber ihren Gehilfen die Existenz zu sichern, das scheint den Monarchistenvorkämpfern unmöglich. Wager in diesen Betrieben wurden fast sämtliche Lübecker Buchdruckerhilfen vorerst der Form nach gekündigt. Nur in der Druckerei von H. G. Rahtgens, wo angeblich Reichsgeld gedruckt wird, sollen keine Kündigungen erfolgt sein. Sowohl im „General-Anzeiger“ wie in den „Lüb. Anz.“ wurde an die Gehilfen das Ansuchen gestellt, während der Kündigungszeit für einen niedrigeren Lohn weiterzuarbeiten. Darauf ließen sich die Gehilfen natürlich nicht ein. Sie legten am Sonntag im „General-Anzeiger“ den Betrieb einige Zeit still. Daraufhin wurde die prinzipalsseitig gestellte Forderung zurückgenommen. Auch in den „Lüb. Anz.“ wurde noch am Abend durch Verhandlungen erreicht, daß während der Kündigungszeit der neue Lohn bezahlt werden soll.

Beim Demobilisierungskommissar ist gegen die Massen-Kündigung Einspruch erhoben worden.

Der Kampf der Buchdruckerprinzipale gegen wertbeständige Löhne wird im ganzen Reiche aufgenommen. Die Berliner Buchdruckermeister haben nach dem „Vorwärts“ mit Bestürzung von dem Ausmaß der neuen Löhne Kenntnis genommen. „Sie sehen keine Möglichkeit, die notwendigen Mittel dafür aufzubringen. Deshalb, und weil es ferner unmöglich ist, zu den nunmehr notwendigen Preisen noch Aufträge zu erhalten oder Verlagswerke abzusetzen, empfehlen sie die Arbeitszeitverkürzung anzusagen. Wo Arbeitszeitverkürzung nicht den nötigen Ausgleich geben würde, muß die Schließung der Betriebe, den gesetzlichen Vorschriften entsprechend, vorbereitet werden.“

Auch die Rheinischer Buchdrucker erklärten, sie sehen sich infolge der Löhne der Buchdrucker gezwungen, ihre Betriebe auf das allernotwendigste einzuschränken. Die Mit-Meldung schließt: „Da die Inhaber die Löhne nicht mehr zahlen können, wurden die Gehilfen der öffentlichen Fürsorge überliefert, soweit sie nicht durch einlaufende Aufträge beschäftigt sind.“

Statistischer Monatsbericht für Juli.

Nach der Fortschreibung des statistischen Landesamtes betrug die Bevölkerung der Stadt Lübeck Ende Juli 123 092 gegen 122 368 im Vorjahre. Die natürliche Bevölkerungsbewegung brachte nur einen Ueberschuß von 3 Personen und die Wanderungsbewegung schloß bei 1440 Zugezogenen und 1432 Weggezogenen auch nur mit einem Gewinn von 8 Personen ab. Ehen wurden 95 geschlossen, 11 weniger als im Vorjahre und 40 weniger als im Vorjahre. 14 Männer und 10 Frauen heirateten zum wiederholten Male. Die auf 1000 Einwohner und auf das Jahr berechnete Heiratsziffer blieb mit 9,3 und 3,8 hinter der vorjährigen zurück. Auch die Zahl der Geburten war nur gering. Es wurden 70 Knaben und 91 Mädchen, zusammen 161 Kinder geboren gegen 196 im Juni und 189 im Juli vorigen Jahres. Die auf 1000 Einwohner und auf das Jahr berechnete Geburtsziffer

betrug nur 15,7 gegen 18,4 im Vorjahre. 19 oder 11,8 (11,2) v. H. der Geborenen waren unehelich. An Totgeburten ward nur 1 Fall registriert gegen 8 im Vorjahre. Geburten sind 157 Personen und zwar 87 männliche und 70 weibliche, im Vormonat 147 und im Vorjahre 112. Die allgemeine Sterbeziffer (auf 1000 Einwohner und auf das Jahr berechnet) stellte sich mit 15,3 erheblich höher als die vorjährige, die nur 11,0 betrug. Von den Gestorbenen waren 45 oder 23,7 (18,7) v. H. unter 15 Jahre und 40 oder 25,5 (22,3) v. H. über 70 Jahre alt. Im ersten Lebensjahr starben 22 (17) Kinder, darunter 9 an angeborener Lebensschwäche und je 2 an Verdauungsstörungen und Krankheiten des Nervensystems. Die allgemeine Säuglingssterbeziffer betrug 118,7 gegen 83,5 im vorigen Juli. Todesursache war 18mal Krankheiten der Kreislauforgane, je 15mal Tuberkulose und Krebs, 13mal Altersschwäche und 11mal Lungenerkrankung. 9 Kinder im Alter von unter 5 Jahren starben an Mäklern und 2 an Keuchhusten. 3 Personen endeten durch Selbstmord und 6 durch Berunglückung.

Die neuen Nebengebühren der Post.

Die neuen Nebengebühren der Post. Die neuen Nebengebühren der Post betragen nach den Beschlüssen des Verkehrsbeirates: Einschreiben 5000 M., Vorzeigen einer Nachnahme oder eines Postauftrages 2500 M., Ausfertigung des Telegramms bei Postanweisungen 2500 M., Einbestellungen von Briefsendungen am Orte 10 000 M., im Landbezirk 30 000 M., Pakete am Ort 15 000 M., im Landbezirk 24 000 M.; für Briefsendungen, die mit anderen Einlieferungen an denselben Empfänger abgetragen werden, 2500 M.; Bahnhofsbrief im Monat 150 000 M., in der Woche 50 000 M., Zustellungen 5000 M., Rückfahne 5000 M., nachträglich verlangt 10 000 M.; Mitnahme von Paketen durch die Ortsbestellung 5000 M., Einlieferung von Einschreibebriefen außerhalb der Schalterstunden 5000 M.; Aufschreibung oder Zurückziehung von Postsendungen 2500 M., Rückgabe nicht abgegebener Sendungen 2500 M., Postvollmacht 2500 M., Postlagernde Sendungen 250 M., Postausweisekarte 10 000 M., Lagerzarte 5000 M., Paketlagergebühr täglich 500 M., höchstens 30 000 M., Abholungserklärung 2500 M., gewöhnliche Abholung monatlich 1000 M., Schließfach monatlich 10 000 M. bzw. 20 000 M., Laufzettel 10 000 M.

Der Verkauf von Reichsilbermünzen durch die Reichsbankanstalten findet vom 20. d. M. bis auf weiteres unverändert zum 30 000fachen Betrage des Nennwertes statt. Gold in Münzen und Barren bei Mengen bis ¼ Kilogramm fein wird für Rechnung des Reiches durch die Reichsbankanstalten bis auf weiteres unter Zugrundelegung des zuletzt festgesetzten Mittelekurses für Auszahlung Neupost an der Berliner Börse angekauft, und zwar zum Preise von 640 Dollar für das Kilogramm fein. Demnach würden bei einem Dollarkurs von 3 200 000 Mark für ein Zwanzigmargstück 14 680 000 Mark gezahlt werden. Bei Mengen über ¼ Kilogramm fein ist der Preis bei den Reichsbankanstalten zu erfragen.

Die neuen Steuern. Das Landesfinanzamt Mecklenburg-Lübeck erläßt in der heutigen Ausgabe eine ausführliche Bekanntmachung über die neu zu erhebenden Steuern. Sie betreffen die Einkommen-, Körperschafts- und Umsatzsteuer, Rauchtabak-, Abgabe der gewerblichen und industriellen, sowie der land-, forstwirtschaftlichen und gärtnerischen Betriebe.

Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene werden ebenso wie die Beamten erhebliche Nachzahlungen auf ihre Augustbezüge erhalten. Die Zufahrt wird im Wohlfahrtsamt ab Sonnabend, den 25. August gezahlt. Um jedoch der gegenwärtigen Notlage zu steuern, werden Vorschüsse bereits ab Montag, den 20. ds. Mts. gezahlt.

Eine Erhöhung der Fischpreise zeigt die Lübecker Fischergenosenschaft im Inzerentent an.

Ein neues Abzeichen ist den Soldaten der Reichswehr vom Reichspräsidenten verliehen worden, die die Unteroffizieranwärterprüfung bestanden haben. Es wird von der Ernennung zum Anwärter bis zur Beförderung zum Unteroffizier getragen. Das neue Abzeichen besteht aus einer Krugentasse, die in einer Entfernung von drei Millimetern vom unteren Rande quer über die Schulterklappen geht und deren Ränder umgreift.

Das Briefporto als Grundlage für den Verzicht auf die Einziehung kleiner Beträge hat jetzt auch der Reichsminister der Finanzen in einer Verfügung über die Behandlung von kleinen Beträgen aufgestellt. Bei den Einnahmen von Privaten soll nach dem Erlaß zunächst geprüft werden, ob sie nicht zusammengefaßt und etwa für längere Zeit im voraus erhoben werden können. Ist dies nicht möglich, so soll bis zum Zeitpunkt des jeweiligen einfachen Fernbriefportos, im Verkehr mit dem Auslande das Fünftel des einfachen Auslandsbriefportos verzichtet werden. Bei einem Briefporto von 20 000 Mark kann also die Reichsfinanzverwaltung 100 000 Mark, bei 80 000 Mark sogar 300 000 Mark sparen lassen. Zahlungen an Private sollen möglichst zusammengelegt werden. Im Verkehr zwischen Behörden soll auf Beträge bis zu 3000 Mark verzichtet werden. Die Post selbst hat die Gebühr für den einfachen Fernbrief als Grundlage für die Höhe der zulässigen Nachnahme- und Postaufträge aufgestellt; sie sind jetzt bis zum Zehntausendfachen dieser Gebühr zulässig.

Vorgerufnahmen von Lübeck. Die Amtliche Bildstelle (Abt. des Bildereinstellens) der Stadt Lübeck hat wiederum eine Reihe Bildereinstellungen in ihren Bestand eingereiht, darunter eine Anzahl ganz vorzüglicher Luftaufnahmen, die für Lehr- und Vortragswesen ganz besonders anschaulich und instruktiv sind. Das Verzeichnis der in Lübeck vorhandenen Diapositive ist weiter fortgeführt worden und steht jederzeit Lehrern und Vortragenden zur Verfügung. Die Bildstelle vermittelt gern die Entlehnung der für Unterricht und Vortragswesen nötigen Lichtbilder. Von dieser gemeinnützigen Einrichtung haben in letzter Zeit recht häufig Schulen sowie Gesellschaften und Vereine mehr und mehr Gebrauch gemacht. Denn die Anschaffung von Lichtbildern ist heute mit ungeheuren Kosten verknüpft. So können durch die Bildstelle große Summen erspart werden, indem es möglich ist, Doppelanstellungen zu vermeiden und doch beispielsweise allen höheren und Mittelschulen, die mit Lichtbildapparaten ausgerüstet sind und Lichtbilder zur Vertiefung des Unterrichts verwenden, die Benutzung einer sehr großen Zahl von Diapositiven zu ermöglichen. — Im allgemeinen Interesse wäre es erwünscht, wenn noch mehr Photographien ihre Regative, vornehmlich von Lübecker Aufnahmen (aber auch aus anderen Gebieten) der Amtlichen Bildstelle zur Herstellung von Diapositiven leihen möchten. Wenn von dieser Zentralstelle aus etwa gemünzte Bilder zu erhalten sind, erübrigt sich die eigene, gehoberte Herstellung und das wäre im Interesse einer großen Kapazitätssparnis nur zu begrüßen.

Barlöbe der Landarbeiter! Zur Errechnung der Löhne der in den Zukunftsvereinbarungen zum Provinz-, Distrikts- und Kreisverband Tarifvertrag vorgezeichneten Gruppen gilt für die nächste Lohnzahlung laut Kieler Vorkennzeichnung vom Sonnabend der Preis von 6 000 000 Mark pro Zentner Roggen.

Kapellmeister Paul Pella, der sich dem Lübecker Publikum am Donnerstag als Gastdirigent von „Cavalleria rusticana“ und „Bajazzo“ vorgestellt hat, wurde von der Intendantin des Lübecker Stadttheater verpflichtet. Der Künstler, ein geborener

Wiener, war mehrere Jahre Operkapellmeister am Deutschen Landes-Theater in Prag.

pb. Wegen Scheckbetruges wurde ein Maler und ein Kaufmann von hier festgenommen. Beide hatten sich in Damengesellschaft in einem hiesigen Gartenlokal amüsiert und dort eine größere Zeche gemacht. Um diese bezahlen zu können, hatte der Kaufmann ein Scheckblatt seines Scheckbuchs zur Verfügung gestellt, das der Maler ausfüllte und mit einem fingierten Namen versah. Auf diese Weise gelang es dem Maler, nicht allein den Wirt wegen Bezahlung der Zeche zu stellen, sondern er erhielt noch einen Barbetrag dazu, den sich die beiden Betrüger teilten. Dann stahl der Maler noch ein Fahrrad, das in dem Lokal untergestellt gewesen war. Die beiden haben noch weitere Betrügereien begangen.

Badecanalt Falkendamm. Die Wasserwärme betrug heute früh 11 Uhr 16 Grad, die Luftwärme 16 Grad.

Hinweise auf Versammlungen, Theater usw.

Stadttheater. Dienstag: Die drei Csinatier: Balken und Ba-Henne von W. A. Mozart. Abu Hassan von C. M. v. Weber. Der betrogene Kadi von Gluck. Musikalische Leitung Kapellmeister Mannstaedt.

Angrenzende Gebiete.

Z. Wandestiel Lübeck. Lehrernot! Es muß einmal gefragt werden, und die Verantwortlichkeit hat auch ein Interesse daran zu erfahren, wie man hierzulande die Lehrer in gehaltlicher Beziehung behandelt. Es ist nicht übertrieben, wenn man sagt, daß einige Lehrer nicht imstande sind, sich das trodene Brot zu kaufen. Duhende sind tief in Schulden geraten, für die sie horrenden Zinsen (z. B. 2 % pro Tag) bezahlen müssen. Von einem hören wir heute, daß er Kartoffeln verkauft hat, nur um sich halten zu können. Nur die wenigen Selbstverleugner und es die Organisten mit Pfünden kommen glatt über die schweren Zeiten hinweg, sonst arbeitet alles mit Debet. Eine Reihe von Lehrern, besonders die jüngeren, beneiden tatsächlich die Erwerbslosen um die 400 000 M., die diese allsonnabendlich bekommen, noch mehr aber um die Registrierungsbeiträge von 1—3 Millionen, obwohl sie sie den Erwerbslosen von Herzen gönnen. Gestern bekamen wir eine Nachzahlung für die zweite Julihälfte im Betrage von reichlich 1½ Millionen Mark. — Wer entschuldigend uns nun für die Gesamtsituation? Was kann ein Familienvater heute für 1½ Millionen kaufen? Es ist bezeichnend für die Zustände hier, daß zwei Lehrer der Gemeinde Kenjefeld einen Zahlungsbefehl schickten und einer die Gemeinde regreppflichtig macht für Debetzinsen, die er unverschuldet zu zahlen verpflichtet ist. Beschwerden bei den Gemeinden, bei der Regierung und beim Staatsministerium haben bis jetzt noch nicht fruchtbar, wir hungern (buchstäblich!) weiter. Dabei schimpfen saite Leute über die hohen Beamtengehälter! Ja, auf dem Papier stehen sie, nur wir bekommen sie nicht oder 4 Wochen zu spät, und was das heute heißt, kann sich ein Kind an den Fingern abtun. In Schwartau haben die Lehrer einen Vorkühn durch die dortige Bank nur bekommen, nachdem der Meieresseher die Bürgschaft übernommen. Bezeichnend, nicht wahr? Dabei kommt uns das Geld zu, wir können es verlangen, es ist längst fällig. Grund der Verzögerung? Es ist kein Geld da! Das sollte man einmal anderen Berufsständen bieten, ach wie rasch würde Geld da sein! Vielleicht decken die verschiedenen eingeleiteten Verfahren auf, wen die Hauptschuld für dieses Lehrerehd trifft? Eins sagen wir heute schon: Die Organisation der Lehrerschaft tritt auch viel zu spät auf. Der Lehrerausschuß ist doch schließlich nicht nur dazu da, Statuten auszuarbeiten, Beständigungskonferenzen mit den Geistlichen abzuhalten u. dergl.; gerade in diesen wirtschaftlich so schweren Zeiten kann er einmal zeigen, ob er auch den Staat hat, mit den Behörden einmal ein ernstes Wort zu reden. Man spricht so gern von Beamtenereue und -disziplin, man verlangt vom Bürger und Beamten als oberste Tugend Ruhe. Ja, aber zum Donnerwetter, Hunger tut doch schließlich weh, und man will ja garnichts, als was einem von Gottes- und Rechtswegen zukommt, nur die alte rostige Maschine soll ein wenig rascher laufen, und das darf sich doch wohl auch ein arbeitsloses Schulmeisterlein erlauben zu fordern! Gewiß, mancher möchte sich seine Karriere nicht beflekeln und hungert mit der Faust in der Tasche weiter, aber schließlich kennt Rot kein Gebot, und daß wir arbeitslose Proleten sind, haben jetzt auch die schon erkannt, die noch vor kurzem Gläubiger pflegten. Wenn wir nicht wüßten, daß in manchen Lehrerbüroen tatsächlich bittere Not herrscht — vom Parteistandpunkte aus könnte man sich über die Zustände freuen. Wir tun nicht, es wäre grauam und unchristlich und wir Wilden — sind doch bessere Menschen!

w. Müll. Öffentliche Volksversammlung. Die Sozialdemokratische Partei hatte zu einer öffentlichen Volksversammlung nach der „Harmonie“ eingeladen, die außerordentlich gut besucht war. Parteisekretär Weiß-Lübeck hatte das Referat übernommen. Er kennzeichnete scharf die Situation, die durch die Unfähigkeit der Regierung Cuno, der Regierung der Reichsminister, über Deutschland heringebrochen sei. Mitgefühl an dem Verfall der Währung sei auch die Leistung der Reichsbank, sowie die bürgerliche Mehrheit im Reichstag, die sich bewußt schützend vor das Kapital stellte. Es sei kein Wunder, daß zurzeit eine ungeheure Erregung unter allen Lohn- und Gehaltsempfängern vorhanden sei. Vielleicht sei man jetzt an einem Wendepunkt angekommen. Die neue Regierung, d. h. die große Koalition, muß beweisen, ob die Volkspartei gemillt ist, den Besitz zu den Staatslasten so heranzuziehen, wie es das Staatsinteresse erfordert. Sonst ist auch die große Koalition nur eine Episode. Und darauf kann nur der schärfste Kampf zwischen der sozialdemokratischen Partei und den bürgerlichen Parteien kommen. Hierauf schilderte der Redner die Heidentaten der Lübecker Polizei, die große Entrüstung hervorriefen. Gen. Weiß erwähnte die Versammlung, sich nicht betreten zu lassen und treu zur Partei zu stehen, der Sieg müsse unser sein. Lebhafter Beifall dankte dem Redner. Nach einer kurzen Aussprache und einem kräftigen Schlußwort des Gen. Weiß wurde die Versammlung vom Gen. Wagner geschlossen.

Lauenburg a. d. Elbe. Gauner an der Arbeit. Die Lauenburger Zeitung schreibt: Während das hiesige Publikum auf dem Lande noch dann und wann ein Ei zum Preise von 22 000 Mark erwirkt, sind die Händler fast ruhelos tätig und kaufen alles auf, was ihnen an Eiern unter die Hände gerät, sie zahlen 25 000 Mark das Stück und können es auch, denn die Eier werden, wie in einer öffentlichen Versammlung in Nordhastedt erklärt wurde, in das Ruhrgebiet, wahrscheinlich an Belgier und Franzosen verschoben. Was das Volk im Lande verhungert, das Eier- und Butterverhältnisse nährt seinen Mann. — Die vaterländisch gestimmten Landwirte aber nehmen anstandslos jedes Angebot an und verkaufen die Ware dem Meistbietenden. Das geschieht nicht nur mit den Eiern und nicht erst seit heute oder morgen. Das Reissen ist ihnen zur neuen Religion geworden.

Hamburg. 200 000-Mark-Stücke als Notgeld wurden von der Stadt Hamburg herausgegeben. Die kleinen händlichen Aluminiumstücke, in Größe eines Zehnpennstückes,

die mit dem hamburgischen Münzhilfszeichen versehen sind, werden bald ein beliebiges Notgeld bilden. Hoffentlich erleiden sie nicht dasselbe Schicksal, wie das bisher vom Reiche ausgegebene Aluminiumnotgeld, das in den Verkehr überhaupt nicht gelangte, sondern nur mit wesentlichem Aufschlag bei Münzhandlungen zu haben war. Bei der Höhe der heutigen Münzprägung wird allerdings die Gefahr des Geldhammers nicht zu sehr in Betracht kommen, denn man hat von vornherein eine ziemlich hohe Summe gewählt, um der fortschreitenden Geldentwertung Rechnung zu tragen. Vorerst wurden für 100 Milliarden Notgeld-Münzen geprägt.

Hamburg. Die Verhandlungen der Gewerkschaftsführer wird fortgesetzt. Wie berichtet, wurde Genosse Albert Zyle, der ein Menschenalter fast sein Leben und seine Gesundheit der Arbeiterkämpfe geopfert hat, fast zur Unkenntlichkeit mißhandelt, ferner wurden die Genossen Michael Wenz und Paul Brest von Achtloschungen überfallen. Mittwochabend haben sich diesen Freveltaten neue zugesellt. Nicht nur, daß man an unsern Genossen Ehrenteil, dem Vorsitzenden des Ortsausschusses, handgreiflich wurde, auch der Genosse Hänel, der alte Vorkämpfer der Hafenarbeiter, wurde ins Reich gelodt, und seinem Kollegen, dem 64jährigen Kollegen Schlee, wurde nicht nur das Gesicht unfenntlich geschlagen, auch seine Uhr mit Kette und sein Schirm wurden ihm bei diesem rohen Akt gestohlen! — Soll dieses Spiel so weitergehen? Sollen unsere Angehörigen in den Gewerkschaften von jedem Gefährde, das noch ein Finger für die Befreiung der Arbeiterkämpfe gerührt hat, das früher gelb oder gar nicht organisiert war und es heute noch nicht ist, als Feind betrachtet werden können? Die Partei- und Gewerkschaftsbewegung ist in den Jahrzehnten ihres Bestehens keine Spielerei gewesen. Sie war ein Lebens- und Siegesweg, in dem die besten unter uns Leben und Gesundheit opfern mußten. Soll diese einzige Waffe des Fortschritts unserer Sache nicht elendiglich zerbrechen, dann müssen alle organisierten Arbeiter wie ein Mann zusammenstehen und sich gegen das Gefindel jeder Art zur Wehr setzen. Ueberall!

Hamburg. Idiotische Pläne der Moskauer. In Wilhelmshafen beabsichtigten vorige Woche die Kommunisten, eine Räuberherrschaft zu errichten. Der Spul kostete sechs Tote und eine Anzahl Verwundete. Leider befinden sich unter den Toten auch zwei Parteigenossen, von denen der eine an der Wiege der Partei stand. Er wurde ein Opfer seiner Schwermüdigkeit. Die Belegschaften der einzelnen Betriebe haben die Arbeit, von der sie weggehört wurden, bald wieder aufgenommen. Damit ist wieder mal eine sogenannte kommunistische Aktion beendet; sie ist anders verlaufen, als einige Drahtzieher sie sich ausgemalt hatten. Zu beklagen sind die Opfer, die auf der Straße blieben, die Toten und Verletzten und die, die die nicht leicht langen Gefängnisstrafen entgegensehen. Wird die Arbeiterkämpfe daraus lernen und einsehen lernen, daß mit solchen Mitteln das Wohl der Arbeiterkämpfe nicht mehr erkämpft werden kann? Man sollte die Enttarnung der Landläufer vornehmen und die Wache heiligen. Die nächste Etappe sollte die Erstürmung der „Volksblat“-Zentrale und die Zerstörung einer Reihe führender Parteigenossen sein. Nachdem man dann dieses Werk vollbracht, sollte das Rathaus besetzt werden, dann wäre alle die Sowjetregierung in Wilhelmshafen da gewesen. Von hier aus sollte dann mit den Harbargern zusammen Hamburg und der übrige Landkreis erobert und eine Arbeiter- und Bauernregierung einverleibt werden. Denn verläßt man sich diesem mißlungenen Streich von kommunistischer Seite diesen Ausgang wieder zu kapitulatorischen Forderungen auszuweichen. Auf der Straße und in den Betrieben, überall wird der Versuch gemacht, den SPD-Führern die Schuld an diesem Bluttat mit der Schwanz zuzuschreiben. So wird die Behauptung verbreitet, daß in der Verammlung letzter Parteifunktionäre beschlossen worden sei, die Spule aufzuführen, die Verammlung auf Stübens Platz aufzulösen, durch unter Tun sei alle das Blutbad herbeigeführt worden. Die Parteifunktionäre der Sozialdemokratischen Partei, die das Unglück herannahen sahen, haben bis zum letzten Augenblick bemüht, es abzumwenden. Sie wollten noch am Montagabend spät der Arbeiterkämpfe den Beschluß des Ortsausschusses durch Anschlag mitteilen. Durch kommunistische Sabotage wurden sie aber daran gehindert und die Pläne wurden wieder abgefallen. So mußte das Verhängnis über uns kommen. Was großes Leid unter unsere Kommunisten sind, seit aus folgenden Worten: „Am Montagabend war in einer Sitzung der Kommunisten der oben angeführte Plan entworfen worden. Auf den Straßen hörte man nachher: „Hängt die SPD-Führer und Mörder!“ „Hoch die proletarischen Hundstschädel!“ Schieber und Wackerer waren aber nur Schlagworte, der Schwanz, ihren eigenen Klugengedanken, den Führern der SPD, den Schödel einzuwickeln, lag ihnen näher. Und so etwas nennt sie dann noch zum Gedächtnis der Gegner der Arbeiter Klassenkämpfe!

Strom. Der Streik im Leinwandgewerbe in Berlin. Der Wiederaufnahme der Arbeit wurde den Arbeitnehmern ein Wochenlohn von 15 Millionen Mark bewilligt. — Zur Bekämpfung der Lebensmittelnot. Der Senat hat zur Bekämpfung von Fett, Kartoffeln, Heizungsmaterial nun einen Beitrag von 200 Millionen Mark zur Verfügung gestellt.

Hopfen. Wo Milch und Honig fließt. Die Butter hat beinahe den Millionenpreis erreicht, denn sie hat den Stand von 933 000 Mark erklommen. Landbutter kostet 720 000 Mark.

ist aber nirgends zu haben; der Milchpreis ist auf 93 000 Mark gestiegen, für die Magermilch werden 36 000 bis 38 000 Mark von der Güstrower Notierungskommission vorgeschrieben.

Der Lübecker Beamtenbund protestiert.

Der Lübecker Beamtenbund hat folgendes Schreiben an alle Fraktionen der Bürgerschaft gerichtet:

„Anlässlich der Tagesordnung der Lübecker Bürgerschaft hält der Lübecker Beamtenbund es für seine Pflicht, auf folgendes hinzuweisen:

Die Forderung auf Entlassung von drei Beamten verstoßt gegen die Artikel 129—131 der Reichsverfassung. Die Lübecker Beamtenherrschaft, soweit sie im Lübecker Beamtenbund organisiert ist, ist über diese Forderung auf das Höchste erregt und erblickt in dieser Forderung einen schweren Eingriff in das Beamtenrecht. Unsere Organisation will keinen schuldigen Beamten, einerlei wer er sei, einer Bestrafung ausweichen, aber diese kann nur auf dem rechtmäßigen Wege durch ein Disziplinarverfahren erfolgen. Auf keinen Fall darf die Reichsverfassung auch nur in einem Punkte umgangen werden, denn das würde die Hoheit des Staates aufs Schwerste gefährden. Hier gibt es keine Ausnahmefälle. Auch der geringste Nachgeben nach dieser Seite bedeutet einen Schritt auf dem Wege zur Anarchie.

Die Bürgerschaft wird es verstehen, daß der Lübecker Beamtenbund mit allen Mitteln, die ihm zur Verfügung stehen, einen Verfassungsverstoß verhindern wird. Wir richten an alle Mitglieder der Lübecker Bürgerschaft die dringende Bitte, der oben genannten Forderung auf keinen Fall zuzustimmen und Anträge dieser Art unbedingt abzulehnen.

Hochachtungsvoll

Lübecker Beamtenbund (Landesverband des D. S. B.)

Ernst Schermer.“

Gewerkschaften.

Der Weltarbeitsmarkt nach dem Kriege. Einen genauen Überblick über die Arbeitslosigkeit in den verschiedenen Ländern liefern die statistischen Erhebungen nicht. Diese erfassen meistens nur die Mitglieder gewerkschaftlicher Organisationen oder die Mitglieder von Arbeitslosenunterstützung. Daß die Unterstützung ab, so überden bei den Erhebungen, welche sich auf die Angaben der Unterstützungsstellen gründen, die Arbeiter von der Fassung aus, obwohl sie nach wie vor zum Heer der Arbeitslosen gehören. Eine weitere Lücke in den amtlichen Erhebungen über die Arbeitslosigkeit besteht darin, daß die Landarbeiter überhaupt nicht einbezogen werden. Immerhin lassen die vorliegenden Zahlen bei allem Mangel den Richtungsverlauf des Arbeitsmarktes deutlich erkennen.

Eine Erscheinung fällt dabei sofort auf, allgemein zeigt sich, daß in den Ländern, die bisher die größte Arbeitslosigkeit aufzuweisen hatten, ein reilweise beträchtlicher Rückgang eingetreten ist, während andererseits in Ländern mit bisher verhältnismäßig minimaler Arbeitslosigkeit das Heer der Arbeitslosen im Wachstum ist.

Zu den Ländern mit abnehmender Arbeitslosigkeit gehören namentlich die Vereinigten Staaten, Belgien, Dänemark, England, die Schweiz und Holland. Die entgegengesetzte Entwicklung weisen auf: Deutschland, Österreich und die Tschechoslowakei.

Bestimmte Angaben aus den Vereinigten Staaten liegen nicht vor. Bis in die Mitte des vorigen Jahres wurde die Zahl der Arbeitslosen vom Arbeitsamt auf 6,5 Millionen geschätzt, während sich nach einer anderen Schätzung des Handelsamtes die Zahl der Arbeitslosen auf 3,5 Millionen belief. Inzwischen scheint der weitaus größte Teil der Arbeitslosen wieder in den Produktionsprozess aufgenommen zu sein.

Der Höchststand der Arbeitslosigkeit in Belgien fällt in das Vorjahr 1921. Damals betrug die Unterzahl der unterstützten Arbeitslosen mehr als 30 Proz. Inzwischen hat sich die Zahl der Arbeitslosen hierin vermindert und im März 1923 war der Prozentsatz nur noch 2,6.

Dänemark weist die größten Schwankungen des Arbeitsmarktes auf. Im ersten Quartal 1919 geben die Gewerkschaften rund ein Viertel ihrer Mitglieder als arbeitslos an. Im Laufe des Jahres und des nachfolgenden Jahres ging dieser Prozentsatz bis auf etwa 3 zurück, schnellte aber dann im Frühjahr 1921 wieder auf die zwei Jahre zuvor erreichte Höhe, um sich nach geringeren Unterbrechungen im Frühjahr 1922 auf über 30 Proz. zu erheben. Seitdem läuft die Zahl der Arbeitslosen ständig zurück. Sie schwankt zwar in den Wintermonaten 1922/23 noch einmal von 16 Prozent, dem niedrigsten Stand des Jahres 1922, auf etwas über 20 Prozent an, vermindert sich aber schon im März 1923 auf 16 Proz. und im Mai auf 9 Prozent.

In Holland ist der Richtungsverlauf des Arbeitsmarktes ähnlich wie in Dänemark. Die Arbeitslosigkeit ist starken Schwankungen unterworfen, zeigt aber ebenfalls eine Tendenz zur Senkung. Das größte Ausmaß der Arbeitslosigkeit hat die Schweiz

im Winter 1921/22 zu verzeichnen. In dieser Zeit wurden 146 000 Arbeitslose registriert. Seitdem ist ein gleichmäßiger, von keiner merklichen Schwankungen unterbrochener Rückgang festzustellen. Im Juni 1922 wurden noch 90 000, im Januar 1923 noch 76 000 und im Mai dieses Jahres noch 46 000 Arbeitslose gezählt.

Erschwerend langamer geht die Zahl der Arbeitslosen in England zurück. Der Höchststand der Arbeitslosigkeit fällt in die Mitte des Jahres 1921. Damals waren bis einschließlich 18 Proz. aller Versicherten arbeitslos. Im Herbst verminderte sich der Prozentsatz auf 12,2, um dann im Winter 1921/22 wieder auf 16 Prozent zu steigen. Seitdem geht die Zahl der Arbeitslosen zwar langsam aber stetig und ohne Unterbrechung zurück. Im Januar 1923 war der Prozentsatz der arbeitslosen Versicherten noch 12,7 und im Mai 1923 noch 10,7 Proz. Diese Entwicklung wird auch bestätigt durch die Feststellungen der Gewerkschaften. Diese registrieren im Mai 1922 16,4, im Januar 1923 13,7 und im Mai dieses Jahres noch 11,3 Proz. ihrer Mitglieder als arbeitslos.

Die normale Arbeitslosigkeit wurde in Deutschland nur vorübergehend überschritten. Das war erstmals der Fall im Beginn des Jahres 1919. Der Prozentsatz der Arbeitslosen in den Gewerkschaften betrug damals 5,5 Proz., senkte sich aber noch im Laufe desselben Jahres auf 2,6 Proz. Im Winter 1920/21 schwoll die Arbeitslosigkeit dann noch einmal an, ohne aber die frühere Höhe wieder zu erreichen. Im Jahre 1921 zeigt sich dann ein steter Rückgang bis 1,2 Proz. (im Oktober 1921). Dann hebt sich die Zahl wieder im Januar und Februar 1922 auf 3,3 bzw. 2,7 Proz., um aber schon im nächsten Monat auf 1,1 und in den Monaten Juni/Juli gar auf 0,6 zurückzugehen. Im Herbst 1922 zeigt eine entgegengesetzte Bewegung ein, die sich besonders seit Beginn dieses Jahres bedeutend verschärft und im April dieses Jahres sogar 7 Proz. und damit den bisherigen Höchststand der Arbeitslosigkeit erreicht.

Die Arbeitslosigkeit in Österreich ist besonders seit dem Herbst 1922 in starkem und raschem Zunehmen begriffen. Während die Zahl der unterstützten Arbeitslosen in den ersten neun Monaten dieses Jahres zwischen 30 000 und 40 000 schwankte, steigt sie im Oktober auf 58 000 im Dezember auf 181 000 im Januar 1923 auf 161 000 und im Februar auf 169 000 an. (Seitdem, seit Stilllegung der Notenzentrale, ist die Arbeitslosigkeit jedoch ständig zurückgegangen.)

Auch die Tschechoslowakei zeigt eine rasche Vermehrung der Arbeitslosen. Nach außerordentlicher Arbeitslosigkeit im Jahre 1919 verbesserte sich der Beschäftigungsgrad sehr rasch. Die Zahl der Arbeitslosen war daher in den Jahren 1920 und 1921 verhältnismäßig gering. Seit Winter 1921/22 nimmt das Arbeitslosenheer mit außerordentlicher Raschheit zu. Im Januar 1922 wurden bereits 13 000, im September 1922 232 000 und im Dezember 1922 gar 438 000 Arbeitslose gezählt.

In Italien ist die Arbeitslosigkeit nach wie vor sehr groß. Der Höchststand fällt in den Winter 1921/22. Damals wurden etwa 600 000 Arbeitslose gezählt. Im März 1922 senkte sich die Arbeitslosenziffer auf etwa 500 000, um im August auf etwa 300 000 zurückzugehen. Diese Besserung hielt aber nur ganz kurz an. Herbst und Winter zeigen ein neues Anwachsen des Arbeitslosenheeres und im Februar 1923 wird die Zahl der Arbeitslosen wieder mit rund 400 000 angegeben.

Ueber den Arbeitsmarkt in Frankreich liegen Angaben nicht vor.

Im großen ganzen widerspiegelt die beobachtete Bewegung auf dem Weltarbeitsmarkt die seit dem Kriege herrschenden Zustände in der internationalen Politik und Wirtschaft und zeigt die wirtschaftliche Ungewißheit, die hieraus für die Arbeiterkämpfe entsteht.

Allerlei Wissenwertes.

Wie verbilligt man die Wäsche? Sparmöglichkeiten gibt es genug beim Waschen, man muß sie allerdings zu finden wissen. Ein sachgemäßes Einweichen bedeutet immer eine außerordentliche Erleichterung des Reinigungsprozesses. Gut vorgeweichte Wäsche erfordert beim Waschen bei weitem nicht eine so einbringliche und lange Bearbeitung (Kochen und Durchwaschen), wie mangelhaft oder garnicht eingeweichte Wäsche. Bleich-Soda ist ein gutes Mittel, hartes d. h. stark kalkhaltiges Wasser für den Bleichprozess geeignet zu machen; sie hat nämlich die Fähigkeit, den übermäßigen Kalkgehalt des Wassers zu binden. Von wesentlicher Bedeutung für ein wirtschaftliches Waschen ist naturgemäß auch die Wahl des Waschmittels. Die Vermeidung minderwertiger Ware ist hierbei ein Gebot der Klugheit. Es liegt auf der Hand, daß, wie beim Einkauf der Wäsche selbst, so auch beim Kauf eines guten Waschmittels eine kleine Mehrausgabe dankbare Zinsen trägt. Am besten ist immer das Waschmittel, das durch Bereinigung des Wäsche- und Bleichprozesses zu einem Vorgang, wie es z. B. bei den Sauerstoffwaschmitteln der Fall ist, seinen Zweck erfüllt. Der größte Nutzen liegt hier neben anderen Vorzügen in einer Verbilligung des Kochens und in der Vermeidung jeder aufreibenden Behandlung der Wäsche!

Notgemeinschaft für Bestattungen
in Lübeck e. V.
5521

Das Beiratsgeld für Beerdigungen ist auf den 1200jährigen Bestag der auf den Beiratsformularen bezeichneten Summen festgesetzt.

Juwelenbesitzer!
Wir kaufen 5510
 Brillant-, Perlen-, Gold-, Silber-,
Platin-, Gold-, Uhr-, kostl. Gebisse
Münzsammlungen u. Wertsachen.
Telephon 2447. **EMZ** Legitimat. erforderlich.
Enger-Kittel. Inger-Festst.
Lübeck's führendes und leistungs-fähig. Spezialgeschäft.
Uhrmacher **Frick** Juwelier **Hüfner** 63.

Antoni von Gold- u. Silber-Strich. (5495)
Blatin.
Barmarzer Hübner,
Bismarckstr. 13.

Maulwurfs-Felle
auch unabh. gezeugen, felle, sowie alle anderen Sorten
Felle
kauft zu den besten Tagespreisen
J. L. Würzburg
Wahmstr. 22a

Jedes Angezeigter
bestimmt sofort P. Kröger
besid. Kammerstr. 21, 1. St.
Kabinettmittel gegen
Kopfschmerz. (5505)

Steppdecken
Anfertigung u. Reparatur.
Spezialstr. 3. Fernsp. 8555

Geschlechtsleidende!

Behandlung ohne Operationen, ohne giftige Einwirkungen, ohne Schmerzen, einfache, Brochüre u. a. m., sowie, Dankschreiben, über D. Harn- u. Nierenleiden (Ausschnitt) 2 Hefen, 2. Maximal- schmerz, 4. Weisheit kostenlos in verschloss. Briefumschlag ohne Aufdruck gegen Einsendung von Mk. 2.00.— für Porto etc.
Leiden gratis gegeben!
Dr. med. H. Seemann, G. m. b. H.
Berlin 478, Lietzmannstr. 22. (5456)

Geschäftsbücher
Schreibblocks
Rechnungsbücher
Quittungsbücher
Kuverts
Klebermarken
Garderobenblocks
Kellnerbonsbücher
Tinte, rot u. schwarz
Leim, gute Qualität
Bleisülte, Kopierstifte
Federn, Federhalter
zu haben in der (5276)
Buchhandlung
Lübecker Volksbote.

Anzeigen,

die in der an dem betr. Tage erscheinenden Nummer des **Lübecker Volksboten** veröffentlicht werden sollen, müssen bis **10 Uhr vormittags** in unserer Geschäftsstelle aufgeliefert sein; größere Anzeigen erbitten wir tags vorher.
Die Geschäftsstelle des Lübecker Volksboten.
Johannisstr. 45.

Maulwurf-, Reh-, sowie alle and. Sorten Felle (5265)
laufen höchstzahlend
Gebr. Wagner,
Tel. 3414
Danzwartstraße 26,


Sie sollen mich kennen lernen und weiter von mir hören. Ich wohne
50 Mixstr. 50
Meine Telefon-Nr. ist 2873.
15986a)

Visitenkarten
werden in modernster Ausführung angefertigt bei